

b unabhängige **auernstimme**



Bunter und lauter Protest gegen einen agrarindustriellen Schweinestall in Haßleben. Bewegung in der Uckermark.



Eine Prämie für vollständige Schweineschwänze erregt die Gemüter. Es geht auch um die Symbolik der Tierschutzdebatte.



Als vergiftetes Geschenk bewerten gentechnikkritische Organisationen die Opt-Out-Regelung – weil die Konzerne mitbestimmen

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

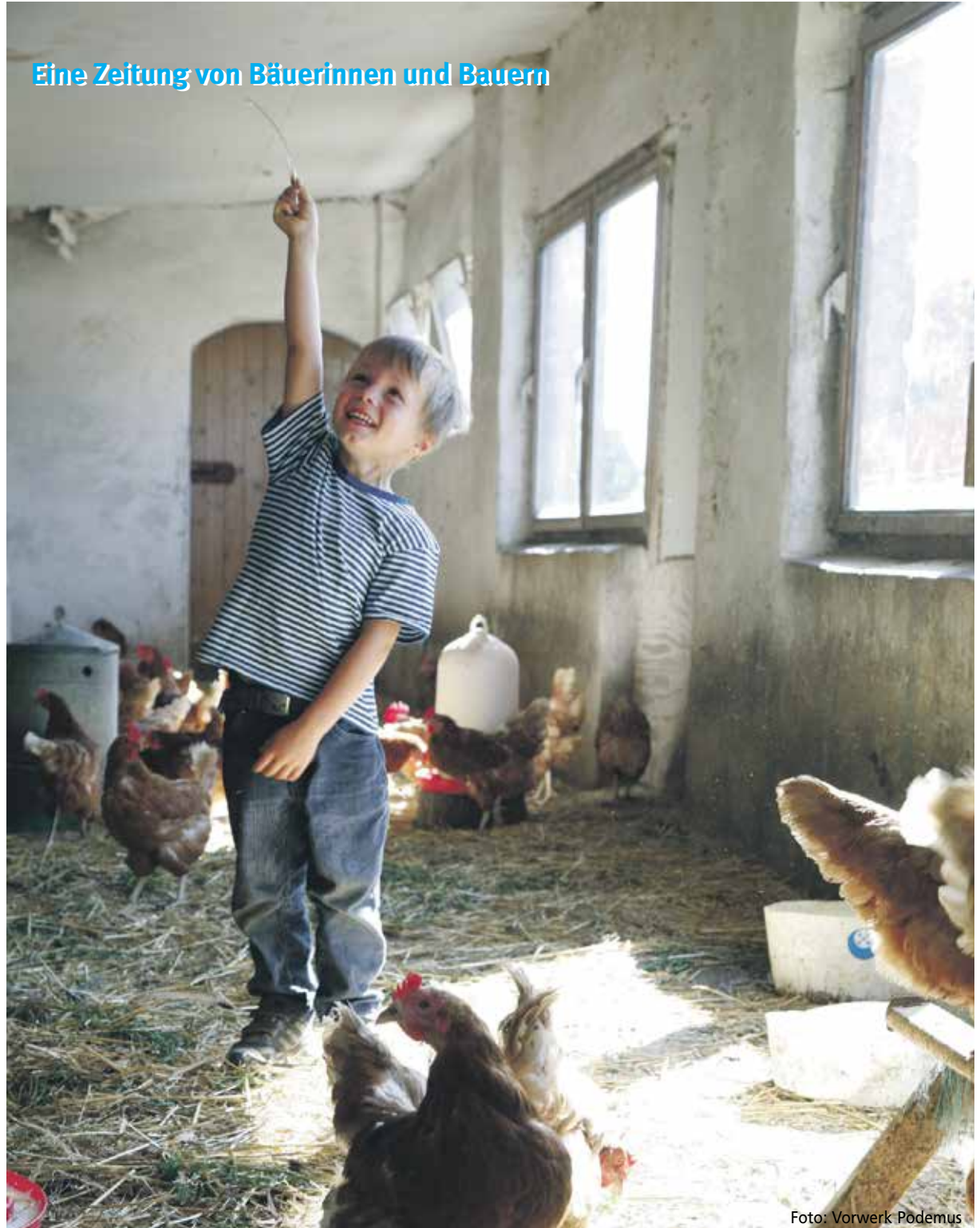


Foto: Vorwerk Podemus

Neues im Osten



Die Seite 3

KTG Agrar bringt es vom Feld auf den Teller 4



Agrarpolitik

Schwänze sorgen für Zündstoff 4

Abkommen EU - Kanada ist Vorreiter für TTIP 5



Bewegung

Das Gespür für die richtige Auswahl 7

junge AbL tagt im Rosenduft 9

Federn lassen 10

Im Westen krähen Neulandhähne 10

Gülleüberschüsse, Emissionen und Antibiotika 14

Pflugschare zu Schwertern 18



Schwerpunkt

Wie haben die Schweinemastanlage in Haßleben satt! 11

Den individuellen Einwand finden 12

Länder des aufgehenden Lichts 12

Zwei Kühe, ein Kalb und drei Jahre vor Gericht 13



Gentechnik

Neues GVO-Zulassungsverfahren 16

Die wissensbasierte Bioökonomie 17

Weitere Themen

Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, S 22, Kontakte/

Impressum, Seite 23



Warum der Osten uns alle angeht

In Ostdeutschland ist die Situation der Landwirtschaft beklemmend. Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR hat das von dem SED-Regime geschaffene Landschaftsbild Bestand: Riesige Ackerflächen, ganz wenig in der Landwirtschaft beschäftigte Menschen, Abwanderung aus den Dörfern – und noch immer haben junge Menschen keine Chancen für bäuerliche Unternehmensgründungen. Zu den Ursachen dieser fatalen Entwicklung und ihren Folgen ist viel geschrieben und debattiert worden. Nur eines kam bisher kaum zur Sprache: Dass der Trend im Westen in dieselbe Richtung geht. Das Wachsen-oder-weichen-System wirkt langsamer als das Zwangssystem einer Diktatur, aber sein Ziel ist dasselbe: Konzentration der Landwirtschaft, wenige sehr große Betriebe mit wenig Beschäftigten. Was sind hieraus für Schlussfolgerungen zu ziehen – speziell für die AbL?

Erstens: Wir brauchen ein Leitbild. Wie soll die Landwirtschaft der Zukunft aussehen? Wohin wollen wir? Gerade weil die sogenannte „Agrarstrukturentwicklung“ im Westen so langsam verläuft, besteht die Gefahr, dass wir viel zu spät bemerken, wie sich der Westen an den Osten angleicht. Wirksam gegensteuern können wir nur, wenn wir genau wissen, wohin wir wollen – und wohin nicht! Lasst uns Zeichen setzen – z. B. mit kleinen Traktoren zur Demo fahren!

Zweitens: Wir müssen uns die Instrumente anschauen, mit denen der Prozess des „Wachsen oder Weichen“ angeheizt wird. Diese müssen wir erkennen und konsequent ablehnen. Und wir müssen selber Konzepte für andere Instrumente entwickeln. Was den Verdrängungs-Wettbewerb unter den Bauern extrem verschärft, sind die Flächen-Subventionen, also die Koppelung der „Direktzahlungen“ an die Fläche. Die Prämierung von Größe führt auf direktem Wege zur Konzentration der Agrarstruktur. Diese Methode braucht keinen Polizeistaat, weil sich unter diesen Verhältnissen die Bauern gegenseitig den Boden wegnehmen – solange bis nur noch wenige Großbetriebe übrig sind.

Wenn die AbL glaubwürdig die Sache der bäuerlichen Landwirtschaft vertreten will, so muss sie ohne Wenn und Aber die Flächenkoppelung der „Direktzahlungen“ ablehnen! Drittens: Wir müssen diejenigen unterstützen, die alternative Konzepte entwickeln. Ob der von der bayerischen AbL vorgeschlagene Weg einer Koppelung der Zahlungen an den Faktor Arbeit zielführend ist, kann ja im weiteren Dialog geklärt werden. Dass aber Alternativen zur Flächensubvention auf den Tisch müssen, sollte allen klar sein! Wenn wir einer weiteren „Verostung“ des Westens begegnen wollen und auch im Osten bäuerliche Strukturen wiederbeleben wollen, so lasst uns die Impulse der AbL Bayern dankbar aufgreifen – und gemeinsam weiterentwickeln!

Michael Beleites

Zum Titelbild

Unser Titelbild von neuer Tierhaltung in alten Gebäuden wurde fotografiert auf dem Betrieb Vorwerk Podemus bei Dresden in Sachsen. Der Betrieb wurde nach 1991 wieder aufgebaut und seit dem ökologisch bewirtschaftet. Vielseitige Landwirtschaft für und mit vielen Menschen, Verarbeitung und Vermarktung in mehreren Läden, Engagement im Naturschutz und der Erhalt eines historischen Hofensembles stehen auf dem Titel dieser Bauernstimme für eine andere, neue Seite ostdeutscher Landwirtschaft mit großen und kleinen jungen Projekten und zunehmendem gesellschaftlichen Engagement.

KTG Agrar bringt es vom Feld auf den Teller

Börsenspekulation mit Lebensmitteln und dem Verbraucher ein Gefühl von Geborgenheit

Die LANDWIRTE stehen für gesunde Lebensmittel. „Lebensmittel von bester Qualität, selbst angebaut, selbst verarbeitet...“ Hier will man Wertschöpfung in der Landwirtschaft durch Weiterverarbeitung und Vertrieb erhalten. „Als Landwirte bauen wir selbst an und stehen ganz persönlich für die Qualität unserer Arbeit ein.“ Das klingt nach regionalen Produkten für einen Kunden, der die Nähe zum Produzenten sucht, der wissen möchte woher seine



Das KTG-Logo aus AG Zeiten

Lebensmittel stammen. Die Bilder von Müsli, Kartoffeln und Zwiebeln gibt es auf der Homepage auch gleich dazu. Das Bild der Webcam dagegen ernüchtert: „Unser Feld in Herzsprung“ ist eine riesige grüne Wüste von was auch immer, am Horizont ein Waldrand, darüber grauer Himmel. „DLW Die LANDWIRTE GmbH ist ein Unternehmen der KTG Gruppe“ diesen Hinweis findet nur, wer das Impressum studiert.

Ackern für's Leben

Die KTG Agrar SE ist eine europäische Gesellschaft. Sie ging aus der von Siegfried Hofreiter im Jahr 2000 gegründeten und 2005 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten KTG Agrar GmbH hervor. „Vom Feld auf den Teller – In drei Jahren von der Vision zur Realität“ liest man im aktuellen Geschäftsbericht. Und bei genauerem Studium der Unterlagen wird schnell klar, dass Siegfried Hofreiter ganz große Pläne hat. 50.000 Hektar beackert er aktuell. In den kommenden Monaten steht die Ernte in Ostdeutschland, Litauen (jeweils Pacht- und Eigentumsflächen) und Rumänien (Farmmanagement) an. Dieses Jahr, so kann man auf der Unternehmenshomepage lesen, verspricht eine überdurchschnittliche Ernte. Ein wenig erinnert die Beschreibung an ein Landwirtschaftsmonopoly. Über den Boden und die Vielfalt, kulturelle Werte und Ernährungssicherung ist nichts zu finden. Es geht vielmehr um die Ertragerwartungen, um die Strategie, wie aus der Ernte möglichst viel Kapital gemacht werden kann, indem 50 Prozent in Vorkontrakten schon zu Beginn der Ernte verkauft sind und die

zweite Hälfte erst im Winter, wenn die Preise erneut anziehen, verkauft werden. Das alleine wäre aber, vernachlässigt man die Größe des Unternehmens, noch nichts Besonderes, denn viele Landwirte machen es nahezu genauso. Hofreiter aber will mehr. Mehr Fläche und mehr Gewinn. Als Vorstandsvorsitzender einer Aktiengesellschaft muss er das auch.

Alles in einer Hand

Die KTG bleibt also nicht auf dem Acker. In der eigenen Ölmühle in Anklam werden Raps und Soja weiterverarbeitet. Unter den Namen Frentzel Tiefkühlkost, Die LANDWIRTE, Biozentrale und Biofarmers werden eigene und zugekaufte Waren an den Markt gebracht. Die Rechnung dahinter ist einfach. Siegfried Hofreiter kalkuliert das Kilo Weizen mit 20 Cent. Ein Kilo des im Müsli benötigten Getreides hat schon einen Wert von 4,60 €. Die Wertschöpfung liegt beim Faktor 23 oder aber gigantischen 2.300 Prozent. Auch das keine Neuigkeit an sich. Das Unternehmen KTG mit seinen Marken und vor allem seinen scheinbar unbegrenzten finanziellen Mitteln ist aber in der Lage, die ganze Wertschöpfungskette abzudecken und eigenständig auszulasten. Dass hat das Unternehmen mit der Übernahme der Ölmühle Anklam demonstriert. Regionalität hat hier wenn überhaupt, dann auf nationalstaatlicher Ebene eine Bedeutung. Dem Verbraucher, mit dem man neben den Finanzinvestoren aber auch zu tun hat, möchte man ein anderes Bild zeichnen. Im Interview mit dem Börsenradio schildert Dr.

Thomas Berger, bis September 2013 Vorstandmitglied der KTG Agrar SE, die Strategie folgendermaßen: „Kunden schenken bei den Produzenten dem Landwirt am meisten Vertrauen.“ Was liegt da näher als Die LANDWIRTE als neue Marke zu etablieren.

Neue Anlageklasse

Die Deutsche Bank ist schon lange im Bereich Agrarrohstoffe an den Börsen der Welt aktiv. Auch ethische und moralische Argumente bezüglich der Verschärfung der Hungersituation in armen Bevölkerungsschichten aufgrund der Nahrungsmittelspekulation verfangen nicht. Es scheint ein lukratives Geschäft zu sein. Das bestätigt letztendlich auch der bisherige Erfolg der KTG Agrar SE. Offenbar schenken viele Anleger den Erklärungen der KTG Oberen glauben: Die weltweit der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Flächen sind begrenzt; wir haben ein fortschreitendes Bevölkerungswachstum und eine Multiplikation der Nachfrage. Die Konsequenz: Landwirtschaft als Anlagemodell.

Produktivitätssteigerung

Natürlich sind Investoren immer an den Zukunftsplänen und Entwicklungen ihres Unternehmens interessiert. Bisher hat die KTG-Gruppe vor allem investiert und verschiedenste Unternehmen, Flächen und Maschinen gekauft. In diesem Jahr soll eine Konsolidierung erfolgen, so der Vorstandsvorsitzende Hofreiter. Die Liquidität liegt laut Hofreiter vor der Ernte im zweistelligen Millionenbetrag. Nach der Ernte bei 30 bis 40 Millionen.

Nach Eingang der Zahlungen aus Brüssel dürfte nochmal ein zweistelliger Millionenbetrag hinzukommen. Wie groß der Anteil der Agrarzahlungen am Gesamtgewinn des Unternehmens ist oder ob er gar der einzige Gewinn ist, lässt sich nur spekulieren.

Nimm es vom Boden

Die Effizienzsteigerungen innerhalb der Landwirtschaft bleiben bescheiden. Den Vorteil aus Forschung und Entwicklung von Saatgut und Maschinen benennt Berger mit 0,6 bis 0,8 Prozent. Die große Hoffnung liegt auf einem effizienten Management und hoher Schlagkraft, die es erlauben würden die Äcker mit einer Zweitfrucht zu nutzen. Die erste Ernte für den Lebensmittelmarkt und die zweite für die Biogasanlage. Wie lange der Boden dieses Powerplay ertragen kann wird nicht gefragt. Mit der KTG Energie AG ist Hofreiter auch im Biogasgeschäft eine feste Größe. Im vergangenen Jahr hatte die KTG Energie AG Biogasanlagen mit einer Leistung von 43 MW. Die Energie, wie auch die anderen Sparten der KTG-Gruppe profitieren von der engen Vernetzung. Hinter allem stehen die Investoren mit ihren Aktien. Noch ist nicht abschließend geklärt, ob das Geschäftsmodell langfristig und ohne Agrarzuschüsse aus Brüssel seine Investoren zufriedenstellen kann. In keinem Fall ist das Modell geeignet Ernährungssouveränität zu sichern, da es Landbesitz und Lebensmittelproduktion in den Händen weniger konzentriert und mit steigenden Preisen spekuliert.

mm



Mit Investmentfonds ackern wir bis zum Horizont

Foto: Schlick/pixelio

Schwänze sorgen für Zündstoff

Wie gestaltet man den Weg bis zum Kupierverbot bei Schweinen 2016

Österreich deckelt Prämien

Bei der nationalen Umsetzung der GAP-Reform in Österreich wird es dort keine Umverteilung von Prämien auf die ersten Hektare geben. Dafür wird eine Obergrenze bei 150.000 Euro Prämien pro Betrieb eingeführt. Kosten für Arbeitskräfte können hierbei geltend gemacht werden. Angesichts der österreichischen Agrarstruktur wird nach Einschätzung der DLG-Mitteilungen die Obergrenze nur „zwei oder drei Dutzend“ Betriebe betreffen und ist demnach „bestenfalls ein politisches Zeichen.“ Auf den Almwirtschaften wird es weiterhin produktbezogene Prämien zum Erhalt der besonderen dortigen Bedingungen geben. *pm*

Während es in Nordrhein-Westfalen den Anschein hat, dass die Diskussion um einen Weg hin zu intaktem Ringelschwanz konstruktiv zwischen grünem Landwirtschaftsminister und den Landwirtschaftsverbänden geführt wird, greift in Niedersachsen der Zentralverband der deutschen Schweineproduktion (ZDS) Landwirtschaftsminister Meyer scharf an. In beiden Bundesländern geht es um die Frage, wie man die Zeit bis zu einem endgültigen Verbot des Schwänzekupierens im Jahr 2016 am besten nutzen kann. Während aus den meisten Bundesländern recht wenig zu hören ist, was auch mit dem im Vergleich geringen Schweinebeständen zu tun hat, haben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Diskussion um eine zukünftige Schweinehaltung, wie sie von Tierschutzverbänden, dem Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft seit langem gefordert wird, aufgegriffen.

Ein Systemwechsel

In der Vergangenheit hat niemand bei der Stallkonzeption an die Bedeutung der Schweineschwänze als Indikator für das Wohlbefinden der Schweine gedacht. Wie auch? Routinemäßig wurden die Schwänze kupiert. So steht man heute vor der Situation, seit Jahren Ställe zu bauen, die nicht ohne weiteres für eine Haltung von Schweinen mit Schwänzen geeignet sind. Legt man zugrunde, dass der Schweineschwanz ein Indiz für das Wohlbefinden des Schweins ist, so ist es um die allermeisten Schweine schlecht bestellt. Dies gilt auch dann, wenn die Mastleistungen und damit der wirt-

schaftliche Erfolg des Unternehmers zufriedenstellend sind. Die Änderung des Blickwinkels erläuterte Prof. Thomas Blaha von der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover auf dem Fachsymposium „Vermeidung des Kürzens von Ringelschwänzen beim Schwein“ in Essen. In der Vergangenheit habe man das Kupieren als Tierschutzmaßnahme gewertet, da es dem gegenseitigen Kannibalismus vorbeugen konnte. „Durch das Kupieren des Schwanzes berauben wir die Tiere der Möglichkeit Signale zu senden, denn der Schwanz dient auch als Informations- und Kommunikationsmittel für das Befinden“, erklärte Blaha die neue Sichtweise. Vor allem die Prägung in der Saugferkelphase ist für die Ausbildung von Kannibalismus verantwortlich, „jeglicher Frust fördert das Schwanzbeißen“, so der Wissenschaftler.

Die Schweiz

Die Landesanstalt für Schweinezucht (LZS) in der Schweiz hat schon vor vier Jahren begonnen, die Anforderungen für eine artgerechte Schweinehaltung mit Schwanz zu untersuchen und kommt zu einem positiven Ergebnis, wenn man die besondere Betrachtung einer Reihe von zu beeinflussenden Parametern zugrunde legt. Hierzu gehört die Beschäftigung der Tiere mit Beißhölzern, Stroh bzw. Heu und bei extrem hartnäckigen Fällen dem zur Verfügung stellen von Wühlererde. Darüber hinaus kommt dem Stallklima eine besondere Bedeutung zu. Neben Temperatur und Feuchtigkeit spielen auch der Kohlendioxidgehalt, die Luftgeschwindigkeit und der Ammoniakgehalt eine entscheidende Rolle. Ein dritter Block von Einflussfak-

toren ist die Fütterungssituation der Schweine. In jedem Fall, so die Einschätzung der LZS, bedarf es der kontinuierlichen Tierbeobachtung, um frühzeitig auf Verhaltensänderungen reagieren zu können. Nach vier Jahren sind die Praktiker und Berater positiv davon überzeugt, dass Schwanzbeißen mit entsprechenden Vorsorgeaufwendungen auf einem niedrigen Niveau gehalten werden kann.

Übergang gestalten

In Deutschland wird von den Interessenverbänden der Schweinehalter offenbar immer noch darum gekämpft, ob es nicht möglich ist die jetzige Situation, bei der ein routinemäßiges Kupieren Standard ist, beizubehalten. Wie sonst ist der Widerstand der ZDS gegen die von Minister Meyer angekündigte Prämie für ungekürzte und gesunde Ringelschwänze zu verstehen, die diese als „unverantwortlich“ bezeichnete. Geht man im Verband davon aus, dass die eigenen Landwirte der Prämie wegen die Schwänze nicht mehr kupieren und es in der Folge zu einem Massaker im Stall kommt. Ist es nicht vielmehr so, dass die Schweinehalter durch die Prämie, die nach Berechnungen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zwischen 16 und 18 Euro pro Tier betragen könnte, in die Lage versetzt werden, Änderungen im Haltungssystem anzudenken und zu erproben? In jedem Fall wird das Geld nur im Erfolgsfall beim Landwirt ankommen. Nur wenn bei allen Schweinen eines Durchgangs auf das Abschneiden des Schwanzes verzichtet wurde und nicht mehr als 30 % der Tiere Verletzungen aufwiesen, kommt es zur Auszahlung. *mm*



Schweine mit Auslauf im Stroh und natürlich mit Ringelschwanz

Foto: VorwerkPodemus

Abkommen EU - Kanada ist Vorreiter für TTIP

Noch vor dem geplanten Abkommen zwischen EU und USA (TTIP) soll ein Vertrag mit Kanada ratifiziert werden

Schon auf den ersten Blick gibt es Parallelen zwischen TTIP und CETA. TTIP ist die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA. Hinter CETA verbirgt sich ein europäisch-kanadisches Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement). Beide haben gemeinsam, dass sie auf einem geheimen Verhandlungsmandat basieren und von der EU-Kommission verhandelt werden. Einige wenige EU-Politiker werden von der EU-Kommission zwar informiert, aber die schriftlichen Texte bleiben auch ihnen versagt und gelangen schon gar nicht an die Öffentlichkeit. Diese Geheimhaltung endet erst, wenn es zur Abstimmung im EU-Parlament und EU-Rat kommt. Da es sich vermutlich um sogenannte gemischte Abkommen handeln wird, also die Inhalte über Handelsfragen hinausgehen und die Kompetenzen der Mitgliedstaaten betreffen, müssen diese auch darüber abstimmen. In Deutschland sind es der Bundesrat und der Bundestag. Änderungsmöglichkeiten in den Verhandlungstexten sind nicht mehr vorgesehen. Ein großer Unterschied der beiden Abkommen ist, dass das EU-Kanada Abkommen noch wenig wahrgenommen wird, während auf TTIP so viel öffentliches Licht strahlt, dass die Befürworter langsam unruhig werden, ob sie dieses Abkommen in der von ihnen anvisierten Weise überhaupt noch durch bekommen können.

Hebel für Standardabbau

Im Kern beider Abkommen soll es, neben einer Senkung der letzten wenigen Zölle, vor allem um eine Harmonisierung der unterschiedlichen Standards gehen. So gibt es in den USA und auch in Kanada deutlich laschere Gentechnikgesetze. Auch ist in beiden Ländern die Mast mit Wachstumshormonen gängige Praxis. Solch konkrete Themen finden sich natürlich nicht in den bisher durchgesickerten Texten. Deshalb fällt es vielen Befürwortern der Abkommen leicht, beschwichtigende Aussagen zu treffen: „Wir werden doch unser Gentechnikgesetz nicht ändern.“ Auf den ersten Blick stimmt das sogar, aber es sollen Hebel in diesen Abkommen installiert werden, die so etwas in Zukunft möglich machen können. Die wesentlichen Anmerkungen verstecken sich in den Kapiteln Investorenschutz und in dem über die Regulatorische Kooperation. Der Investorenschutz, der sowohl in einem durchgesickerten CETA-Entwurf vom November 2013 vorhanden ist, als auch im TTIP-Verhandlungsman-



TTIP-Aktion gegen Dampfplauderei und Vernebelung vor dem Brandenburger Tor Foto: Thomsen

dat, ermöglicht Konzernen ihr Gastland vor privaten und nicht öffentlichen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn ihnen Gewinne, etwa durch neue Umwelt- oder Landwirtschaftsgesetze, entgangen sind. Die Regulatorische Kooperation ist eine Art Gremium, in dem die Verhandlungspartner sich im jeweiligen Vertragsland einbringen können, um vorab über „unnötige“ Standards ihre Anmerkungen einzubringen. Auch diese Prozesse sollen dann außerhalb der Parlamente stattfinden, bzw. den Parlamenten vorgeschaltet werden. Bernd Voß, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, sagt: „Am prominentesten ist die Standardangleichung für Blinker und Außenspiegel im US-Automobilhandel. Aber das ist überhaupt nicht entscheidend. Vielmehr verfolgen die Konzerne ernsthafte Standardaufweichungen. Es sollen zwei völlig unterschiedliche Kulturen und Systeme gegeneinander ausgespielt werden. Dafür steht das viel diskutierte Chlorhuhn als Symbol. Diese Produktqualität soll gegen die Prozessqualität in Europa eingetauscht werden.“ In den USA und in Kanada werden Geflügelschlachtkörper zur Desinfektion in Chlor oder andere chemische Bäder getaucht. Sowohl der Investorenschutz als auch die Regulatorische Kooperation werden Hebel sein, mit denen Konzerne sowohl in den USA und in Kanada als auch in der EU außerhalb unserer Gesetze und Parlamente ihre Interessen einbringen können.

Falsche Versprechungen für Wirtschaft

Immer wieder preisen Befürworter und Verbandsfunktionäre die Vorteile solcher Abkommen für die Wirtschaft und selbst für kleinere Unternehmen an. Kommen

aber die mittelständischen Unternehmen wie in einer jüngsten Umfrage der Commerzbank „Vorsicht versus Visionen: Investitionsstrategien im Mittelstand“ selbst zu Wort, fällt das Urteil ganz anders aus. Gerade mal 15 Prozent der befragten Mittelständler erwarten ein positives Geschäftspotential. Die Umfragen wurden zwischen November 2013 und Januar 2014 durchgeführt und mehr als die Hälfte der 4.025 befragten Unternehmen werden dem sogenannten kleinen Mittelstand zugeordnet, also Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 2,5 bis 12,5 Millionen Euro. Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im bayrischen Allgäu, sagt zu den Auswirkungen auf die Landwirtschaft: „Das Unheimliche an diesem Abkommen ist die Gefahr, dass Transparenz und Entscheidungsfreiheit für uns Bäuerinnen und Bauern verloren gehen. Wir können dann nicht mehr selbst entscheiden, ob wir etwa Gentechnik oder Klontiere einsetzen wollen oder nicht. Genauso wenig kann auch der Verbraucher noch entscheiden, was er essen will oder nicht,“ so die fünffache Mutter. „Das ist in meinen Augen keine verantwortungsvolle und damit keine zukunftsfähige Landwirtschaft.“ Mittlerweile organisieren sich 61 Verbände und Organisationen in dem bundesweiten Bündnis „TTIP Unfairhandelbar“, das von der AbL mitgegründet wurde. Auf der Homepage gibt es eine Liste mit Referenten zum Thema, für eigene Veranstaltungen oder Hinweise zu anstehenden Aktivitäten und Aktionen im Bündnis. Mitmachen. Widerstand leisten. TTIP und CETA stoppen.

Berit Thomsen

AbL, internationale Agrarpolitik
Mehr Infos zu Aktivitäten: www.ttip-unfairhandelbar.de

TTIP Akzente

„Unterschiedliche Akzentuierungen“, gebe es hinsichtlich gesellschaftlicher Akzeptanz eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU, erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) nach seinem Treffen mit US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack. Die wissenschaftliche Risikobewertung sei das eine, aber die politische und in der Gesellschaft akzeptierte Umsetzung das andere, so der Minister am Beispiel des Themas Gentechnik. Schmidt betonte weiter, im Rahmen eines Investitionsschutzabkommens dürften keine parlamentarischen Entscheidungen ausgehebelt werden. Sein US-Kollege mahnte, dass der US-Kongress einem TTIP-Gesamtpaket nur bei einem ehrgeizigen Abkommen auch im Agrarbereich zustimmen werde. Vilsack wolle aber europäische Bedenken beispielsweise zu Biotechnologie, antimikrobieller Behandlung von Fleisch oder Zöllen besser verstehen. Versöhnlich führte er an, dass auch die neue Farm Bill umfangreiche Natur- und Umweltschutzelemente enthalte. Er warb dafür, der Öffentlichkeit die wirtschaftlichen Vorteile einer gegenseitigen Öffnung besser zu vermitteln. pm

Das Gespür für die richtige Auswahl

Körnerleguminosenzüchtung bei der Norddeutsche Pflanzenzucht - NPZ

Eiweißprojekt Niedersachsen

Nach langer Vorbereitungszeit ist das vom Landwirtschaftsministerium finanzierte Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ begonnen worden. Mit einer Laufzeit von drei Jahren wollen AbL-Landesverband Niedersachsen (Projektleitung) und das Kompetenzzentrum Ökolandbau (KÖN) konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben neue Perspektiven in Futteranbau, Fütterung der Tiere bis hin zu regionaler Vermarktung schaffen. Neben dem Anbau von Körnerleguminosen sollen auch Luzerne, Klee etc. als Eiweißfutter im Wiederkäuerbereich nicht vergessen werden. Eine enge Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer (Sortenversuche etc.) sowie dem AbL-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ in NRW ist in Angriff genommen worden. In einer Auftaktveranstaltung am 23. 7. wird noch vor den Sommerferien versucht, alle Akteure von der Saatgutzucht über Futtermittelfirmen, von Verbraucherverband bis hin zu entwicklungspolitisch arbeitenden Organisationen wie der VEN mit den landwirtschaftlichen Betrieben zusammenzubringen. Drei Betriebspaare (konventionell/ökologisch) werden als Demo-Betriebe gesucht.

Kontakt:
eiweissprojekt@t-online.de oder Eberhard Prunzel-Ulrich Tel.: 05507 91285

Einblicke in die Züchtungsarbeit von Ackerbohne und Erbse erhielt eine Gruppe von engagierten Leguminosensfreunden bei der Züchtungsexkursion Leguminosen. Organisiert vom Eiweißfuttermittel-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ der AbL NRW wurde das in Hohenlieth – Schleswig-Holstein – ansässige Züchtungsunternehmen Norddeutsche Pflanzenzucht Hans Georg Lembke KG besucht. Dr. Olaf Sass, seit 1988 zuständiger Züchter bei der NPZ, gab Einblicke in die Züchtungsarbeit. In der Diskussion um eine mögliche Eiweißinitiative wird immer wieder angemerkt, dass es am notwendigen Züchtungsfortschritt für den Bereich der Leguminosen fehle. Die sich negativ verstärkende Spirale aus geringem Anbauumfang, nachlassenden Züchtungsaktivitäten und dem daraus resultierenden geringeren Züchtungsfortschritt im Vergleich zu den dominanten Marktfrüchten wie Getreide, Raps und Mais, wird hier als zusätzliches Manko angeführt.

Dimensionen

Aber was passiert denn nun in Deutschland wirklich im Bereich der Leguminosen Züchtung? Neben den Aktivitäten im ökologischen Bereich werden zwei vollständige Zuchtprogramme in Deutschland für die Körnerleguminosenarten Ackerbohne und Erbse von der NPZ betrieben. Ein vollständiges Zuchtprogramm beinhaltet nach Angaben des Züchterhauses ein Team, bestehend aus Zuchtleiter, Technischen AssistentInnen, Aushilfskräften und Feldtechnikteam. Darüber hinaus gibt es Testmöglichkeiten in den EU-Kernländern Frankreich und Großbritannien. Um die Entwicklung der Züchtung zu beschleunigen, wird ein Winterzuchtgarten auf der südlichen Halbkugel in Chile betrieben, Qualitätsanalytik und begleitende Forschungsprojekte durchgeführt. In der Summe bedeutet dies Kosten in der Höhe von über 500.000 Euro pro Jahr. Diese müssen über Lizenzgebühren wieder eingespielt werden, da eine Querfinanzierung durch das für die NPZ wesentlich größere Geschäft mit Winter- wie Sommererbsen nicht erfolgt. Bei den derzeit geringen Anbauumfängen von etwa 40.000 Hektar Erbse und 18.000 Hektar Ackerbohne in Deutschland sind die Hauptmärkte für Winter- und Sommererbsen daher in Großbritannien (über 100.000 ha) und Frankreich (etwa 90.000 ha). Für Winter- und Sommererbsen ist es überwiegend Frankreich mit einem Anbau von 150.000 Hektar. Für die Erbsen gibt es seit 2009 ein abgestimmtes Zuchtprogramm mit

dem französischen Züchterhaus RAGT.

Züchtung

Wie sieht ein Zuchtprogramm in der Praxis aus? Es beginnt mit der Kreuzung ausgesuchter Elternlinien im sogenannten Isolierhaus um Fremdbefruchtung zu vermeiden. Die 60 bis 80 durchgeführten Kreuzungen pro Jahr sind salopp formuliert reine Handarbeit und aus jeder Hülse entspringen etwa drei bis vier Körner. Aus diesen werden, unter Vermeidung der Fremdbefruchtung, weitere Pflanzen angezogen und liefern eine ausreichende Menge Körner für den Zuchtgarten. Nach diesem Stadium geht es mit einem Teil der Samen aus dem Isolierhaus raus aufs Feld. Der andere Teil der Samen wird in der betriebseigenen Samenbank konserviert, solange ein Zugriff auf diese für wichtig erachtet wird. Der Zuchtgarten in Hohenlieth dehnt sich auf etwa 13 Hektar aus, auf denen die Winter- wie Sommerformen von Ackerbohne und Erbse nach der Phase im Isolierhaus angebaut werden. Hier werden unter dem strengen Auge der ZüchterInnen die jeweiligen Linien selektiert. Linien, die den Vorstellungen nicht entsprechen, werden verworfen. Linien, bei denen eine Weiterbearbeitung als sinnvoll erachtet wird, werden parallel zur Beschleunigung der Züchtung auch auf der Südhalbkugel in Chile angebaut. Dies garantiert zwei Ernten im Jahr.

Dies alles lässt erkennen, dass der Weg bis zu einer vermarktungsfähigen Sorte ein langer ist. In der Regel dauert es etwa zehn bis zwölf Jahre. Gentechnik spielt bei der Körnerleguminosenzüchtung keine Rolle. Wohl aber in der Rapszüchtung bei der

kanadischen DL Seeds, Kooperationspartner der NPZ und der Deutschen Saatveredelung (DSV).

Zuchtziele

Die Zuchtziele sind in erster Linie die Erhöhung der Kornerträge, Standfestigkeit, bessere Resistenzausbildungen gegenüber Krankheiten und der Gesamtrohproteintrag. Die Verbesserung der Eiweißqualitäten, wie die bei Ackerbohne und Erbse limitierenden Aminosäuren Methionin und Cystin, sind kein primäres Zuchtziel. Sekundäre Pflanzeninhaltsstoffe wie Tannine, können die Rationsanteile in einer Futtermischung für Schweine begrenzen. In der Züchtung spielt die Eigenschaft der Tanninarmut keine wesentliche Rolle mehr. Der überwiegende Teil der Sorten ist tanninhaltig, da dieser Eigenschaft unterstellt wird, im Pflanzenbau zu einer höheren Robustheit und Vitalität der Pflanze beizutragen. Die gesamten Bestände im Zuchtgarten werden konventionell bewirtschaftet und beinhalten Herbizid- und, wenn nötig, Insektizid-Maßnahmen. Dies verringert die Aussagekraft bezüglich der Eignung für den Ökolandbau. Schön wäre es hier, im frühen Zuchtstadium Pflanzen auch unter den Bedingungen des ökologischen Landbaus zu testen. Dies, so Olaf Sass, würden ihre Kapazitäten nicht hergeben. Es wurde aber schon Zuchtmaterial an den Lindhof, den Versuchsbetrieb für ökologischen Landbau der Universität Kiel, abgegeben. Diese Zusammenarbeit besteht aktuell nicht mehr. Es wäre wichtig, sie wieder aufleben zu lassen.

*Christoph Dablmann,
AbL-Projekt Vom Acker in den Futtertrog*



Fachsimpeln über Ackerbohnen im Zuchtgarten der NPZ

Foto: Huhn

Milchvieh-Agrarfabriken-Gigantomanie

Milchviehhaltung gehört auf Bauernhöfe und nicht in Agrarfabriken und Konzerne

So wie in Deutschland wird weltweit in fast allen Ländern die allermeiste Milch noch in bäuerlichen Betrieben erzeugt. Es gibt aber auch Mega-Milchviehfarmen, die sich oft in der Hand von Molkereien oder anderen Konzernen befinden.

Eine-Million-Kühe-Konzern?

Das weltweit größte Agrarunternehmen mit 32 Betriebsstätten und jeweils 22.000 Milchkühen will der Mitbegründer und ehemalige Direktor der niederländischen Hotel-Buchungs-Website Booking.com in Brasilien aufbauen. Wie der holländische Internetdienst Boerderij unter Berufung auf die Website Emerce berichtet, hat der 48jährige Koolen seine Firma Booking.com im Jahr 2005 an die Firma Priceline verkauft. Nun strebe der Bauernsohn aus dem niederländischen Brabant mit seinem Vermögen von über 100 Mio. Euro binnen zehn Jahren ein Wachstum auf eine Mio. Kühe an. Bereits im Jahr 2008 berichteten Medien, dass der Milchkonzern Danone den Aufbau von Megaställen mit Hilfe von Finanzinvestoren prüfe, wobei eine algerische Farm mit 32.000 Kühen als Musterprojekt galt. Als Vorbild diente die weltgrößte Milchviehfarm in Al Safi/Saudi-Arabien mit ebenfalls 32.000 Kühen. Der israelische Hersteller AFIMILK berichtet vom Bau von zwölf Farmen mit insgesamt 23.000 Kühen in Vietnam.

USA, Russland, China, Neuseeland

Als größte Milchviehfarm der USA gilt das Unternehmen Fair Oak Farms in Indiana mit 32.000 Kühen, gefolgt von Threemile Canyon Farms in Boardman/Oregon mit 24.000 Kühen. Als größten Milchproduzenten Russlands bezeichnet sich die deutsche Holdinggesellschaft Ekosem-Agrar GmbH des deutschen Investors Stefan Dürr mit 19.000 Milchkühen an mehreren Standorten und 120 Mio. Litern Jahresproduktion. Bis zum Jahr 2015 soll der Bestand auf 30.000 Kühe aufgestockt werden. Das Rohstoffhandelsunternehmen Olam aus Singapur will gemeinsam mit dem russischen Agrar-Großproduzenten Rusmolco dessen Bestand von bislang 3.600 auf 20.000 Kühe in vier Farmen erhöhen. In der Ukraine haben Großunternehmen Betriebsgrößen mit bis zu 7.000 Kühen. Der schweizerische landwirtschaftliche Informationsdienst lid teilt derweil unter Berufung auf ABC Rural mit, dass der neuseeländische Molkereikonzern Fonterra in China bereits eine Mega-Farm mit 15.000 Milchkühen eröffnet habe, die aus fünf Teilbetrieben mit jeweils 3.000 bis 3.500 Kühen bestehe und jährlich 150



Kühe sind doch nicht nur produktionstechnische Einheiten

Foto: Herzog

Mio. Liter Milch produzieren wolle. Eine weitere Megafarm ist für 2015 geplant. Der Gründer von Chinas größter Molkerei, China Modern Dairy, kommt demnächst auf 19 industrielle Milchfarmen mit jeweils etwa 10.000 Kühen. Der chinesischen Investorengruppe Pengxin wurde von der neuseeländischen Regierung der Kauf von 16 Milchfarmen im Lande gestattet. Der größte in Familienbesitz befindliche Milchviehbetrieb Neuseelands, die Crafar Farm mit 20.000 Kühen an 22 Standorten, musste 2009 Konkurs anmelden. Die neuseeländische Firma Dairy Holdings berichtet von ihren Tochterunternehmen, die 2013/14 56 Milchvieh-Einheiten mit 43.144 Kühen betrieben. Das Unternehmen FarmRight managt 42 Farmen mit 32.747 Kühen. MyFarm betreibt 47 Milchfarmen mit 37.000 Kühen.

Deutschland, Niederlande

In Deutschland gab es zu DDR-Zeiten etwa 50 „industriemäßig arbeitende“ Agrarfabriken mit insgesamt 100.000 Kühen - die aber nach der deutschen Einheit aus ökonomischen Gründen eingestellt bzw. massiv verkleinert wurden. Heute gehören die folgenden Milchvieh-Unternehmen bzw. Milchviehanlagen zu den größten in Deutschland: 1. Bartholomäus Straathof, mit 3.000 Kühen in Kaarßen bei Hagenow; 2. Agrargesellschaft Uckermark AG, Dedelow bei Prenzlau, mit 2.500 Kühen; 3. Milchviehanlage Kröpelin der Agro Energy AG 2.200 Kühe; 4. Rhinmilch-Verband, Fehrbellin, 1.830 Kühe; 5. Er-

zeugergenossenschaft Neumark in Thüringen mit 1.800 Kühen; 6. CAG Ceres Agrargesellschaft, Mallentin der Familie Koopman mit insgesamt 4.500 Kühen an vier Standorten, 7. Stadtgüter Berlin Süd Vrieling KG, Jühnsdorf, mit 3.100 Kühen an drei Standorten; 8. Budissa-Gruppe, Niederkaina, mit 2.900 Kühen an drei Standorten; 9. Vereinigte Agrarbetriebe Seydaland GmbH & Co. KG, vier Betriebe mit insgesamt 2.360 Kühen an vier Standorten; der größte Milchviehbetrieb der Niederlande, die van-Bakel-Gruppe in Vredepeel, hält 2.000 Kühe. Holländischen Ursprungs ist auch die „Koepon Holding“ des Unternehmers Wijnand Pon, zu der neben Alta Genetics auch fünf Farmen mit 3.200 Kühen in den Niederlanden, Schottland, Polen sowie zwei in Mecklenburg-Vorpommern gehören.

Widerstand

In Großbritannien wurde 2012 der Bau der landesweit größten Milchviehfarm mit 8.100 Kühen von Initiativen verhindert. In Frankreich kämpft die Confédération paysanne gegen einen geplanten 1.000er Milchviehstall. Auch in Deutschland verhinderten Initiativen von Bauern und Bürgern bereits etliche geplante Ställe mit mehreren tausend Kühen, darunter die Erweiterung auf eine 3.200er-Anlage in Barver (Kreis Diepholz).

Eckehard Niemann

"Non aux 1.000 Vaches!"

Seit zwei Jahren hat die Confédération Paysanne einen Gegner. Den Unternehmer Mische Remery. In der Normandie plante er einen Milchviehstall für 1.000 Kühe. Mit zahlreichen Protesten hat die Confédération schon zu Beginn der Bauphase versucht, das Projekt zu verhindern. Doch die Politiker und auch der Unternehmer selbst reagierten nicht. Baumaschinen wurden zerlegt, Reifen zerstochen. Großflächige Schriftzüge „Non aux 1.000 Vaches“ auf den Bauplatz geschrieben. Es gab Demonstrationen in Paris und bei den zuständigen Lokalcommandanturen. Immer wieder wurde auch der Bauplatz zum Ort des Protestes. Bauern ketteten sich an die Pfeiler des Riesenstalls, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Sie seien gewalttätig, wurde ihnen immer wieder entgegen gehalten. „Gewalttätig, ja“, so Laurent Pinatel von der Confédération. „Aber gewalttätig sei auch, was Ramery hier mache. Mit seiner Milchfabrik setzt er alle Milchbauern der Region unter Druck. Wenn er seine Milch für 270 Euro pro Tonne verkauft, müssen das alle anderen Bauern auch tun.“ Ganz aktuell richtet sich der Protest gegen die Molkerei Senoble, die die Milch der tausend Kühe verarbeitet. Mit einem Werbespot wendet sich die Confédération Paysanne an die Verbraucher und bittet um Mithilfe. „Lasst euch nicht vorgaukeln, die Milch für eure Joghurts und Müsli käme von traditionellen bäuerlichen Betrieben“, so die Botschaft. „Greift zum Telefon und sagt Nein zu 1.000 Kühen. Bauernhöfe statt Agrarindustrie.“ mn

Glyphosat beschränkt

Die Spätanwendungen des Totalherbizidwirkstoffes Glyphosat im Getreide wurden vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) nun in Menge und Zeit begrenzt. Innerhalb eines Jahres dürfen auf der derselben Ackerfläche nur noch maximal zwei Glyphosatspritzungen im Abstand von mindestens 90 Tagen vorgenommen werden. Die ausgebrachte Menge darf 3,6 kg Wirkstoff pro Hektar und Jahr nicht überschreiten. Darüber hinaus wird der Einsatz von Glyphosat zur Steuerung des Erntetermins (Sikkation) auf ungleichmäßig abreifende Bestände beschränkt. Zur Steuerung des Erntetermins oder zur Optimierung des Drusches darf Glyphosat nicht mehr eingesetzt werden. Diese Beschränkungen begrüßten der Verband Deutscher Mühlen (VDM) und der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVLH). Sie teilten mit, dass sie die Einhaltung der verschärften Anwendungsbestimmungen bei der anstehenden Ernte beobachten und Produktproben vornehmen würden. *pm*

Menschenrechte für Bäuerinnen und Bauern

Am 27.6. wurde in Genf bei der 26. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates das Mandat der Internationalen Arbeitsgruppe verlängert, die eine Internationale Erklärung der Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie anderen Personen, die in ländlichen Regionen arbeiten, erarbeiten soll. Die Idee dazu wurde bereits 2001 von Via Campesina entwickelt. Die diesjährigen Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat wurden mit einer Kundgebung sowie Gesprächen mit EntscheidungsträgerInnen begleitet, an denen neben der AbL auch FIAN und Brot für die Welt teilgenommen haben. Das Ziel ist die Stärkung der Menschenrechte und der menschenrechtliche Schutz von KleinbäuerInnen und ländlicher Bevölkerung, da deren Rechte besonders häufig verletzt werden. So sollen nach den Vorstellungen von La Via Campesina zukünftig auch der Zugang zu Land und zu Saatgut Menschenrechte sein. Unter der Leitung von Bolivien wird die Internationale Arbeitsgruppe nun im November zum zweiten Mal tagen, um den neuen Entwurf der Deklaration voranzubringen. Die meisten Entwicklungsländer unterstützen den Prozess, die Industrieländer stehen dem Vorhaben verhalten (darunter auch Deutschland) bis ablehnend gegenüber. *hm*

Anti-AKW-Widerständler nicht vor Gericht

„Wir meinen, dass bei der für uns zu erwartenden jahrelangen rechtlichen Auseinandersetzung unser Platz nicht in den Gerichtssälen ist. Vielmehr wollen wir unsere Kraft, unsere Energie und unsere finanziellen Möglichkeiten weiter für die Anti-AKW-Bewegung einsetzen. Solange die Atomindustrie weitermacht, werden wir aktiv sein. (...) Wir rufen Euch dazu auf, wachsam zu sein und den Kampf gegen die Atomindustrie mit uns weiter zu führen: pfiffig, mutig, friedlich und sehr entschlossen“, das schreiben die vier Mitglieder der bäuerlichen Notgemeinschaft, Hanna Schwarz, Heiko Müller-Ripke, Fritz Pothmer und Georg Janßen. Sie hatten mit ihrer Blockadeaktion im Herbst 2011 einen Atommülltransport ins niedersächsische Gorleben über 15 Stunden aufgehalten und die Diskussion um Sinn und Unsinn der Risikotechnologie erneut angefacht. Nun nahmen sie das Angebot der Staatsanwaltschaft an, das gegen sie geplante Strafverfahren gegen Zahlung einer Geldauflage fallen zu lassen. *cs*

Erhaltenswerte Kleinbetriebe

AbL Baden-Württemberg mischt bei Regionalplan mit

In einem Regionalplan werden verbindlich Entwicklungsziele für Regionen in einem 15-Jahres-Zeitraum formuliert. So auch in Baden-Württemberg, das Wirtschaftsministerium erklärt diese ausdrücklich für bindend. Im neu zu entwickelnden Teilbereich für die Landwirtschaft im Nordschwarzwald werden landwirtschaftliche Vorranggebiete und „regionalbedeutsame Betriebe“ ausgewiesen, die einen besonderen Erhaltungswert genießen. Die AbL Baden-Württemberg hat nun kritisiert, dass die Mindestgröße für die regionalbedeutsamen landwirtschaftlichen Betriebe bei 50 ha Landfläche angesiedelt ist. Dies liege sogar noch über dem baden-

württembergischen Landesdurchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe von 33,5 ha. Mindestens dort, so AbL-Landesgeschäftsführer Frieder Thomas, sollte der Regionalplan die Bedeutsamkeit ansetzen. Wollte man die kleinstrukturierte Landwirtschaft im Nordschwarzwald und damit auch dessen einzigartiges Landschaftsbild erhalten, sei jeder landwirtschaftliche Betrieb und gerade die Klein- und Kleinstbetriebe erhaltenswert, heißt es in einem entsprechenden Schreiben der AbL an den zuständigen Regionalverband. Eine Anpassung des Regionalplans sei erforderlich. *cs*



Erhaltenswerte Landwirtschaft im Schwarzwald

Foto: Volz/pixelio

Freihandel geht alle an

EU-Parlamentarier bekommen Post von Bayern-AbL

Die Regionalgruppe Oberland des bayerischen Landesverbandes der AbL hat alle bayerischen EU-Abgeordneten angeschrieben und zu ihrer Haltung bezüglich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA befragt. Sie fragt nach, wie es die Abgeordneten mit den „strittigen Punkten: Gesundheit, Umweltstandards, soziale Sicherheit, Schadensklagen der Konzerne, Einführung der Gentechnik sowie Privatisierung der Bildung und unseres Trink- und Abwassers“ halten, und

ob sie einen ähnlichen Schlingerkurs nehmen werden wie die bayerische Staatsregierung. Diese sage in Bayern nein zu TTIP, im Bund ja und enthalte sich in Brüssel, erläutert Lucia Egner von der AbL-Regionalgruppe. Man wolle die Abgeordneten mit der Aktion auffordern, das „Schicksal nicht länger in den Händen von lobbygesteuerten Kommissaren“ zu belassen. Weitere Infos für eventuelle Nachahmer bei: X.Egner@gmx.de *cs*



junge AbL tagt im Rosenduft

Theorie und Praxis in der Rosenschule Ruf in Steinfurth

In der Tradition der letzten Jahre fand in diesem Jahr vom 20 bis 22. Juni die Sommertagung der jungen AbL statt. Nach der letztjährigen Tagung fast in Hörweite der Nordsee stand dieses Jahr Mitteldeutschland auf dem Programm: es ging ins Rosendorf Steinfurth, ein Ortsteil von Bad Nauheim bei Frankfurt. Wie schon in den letzten Jahren führte uns der Veranstaltungsort auf einen landwirtschaftlichen Betrieb, dieses Mal zu einem Bauern mit einer ganz besonderen Betriebsstruktur: Der Betrieb Ruf baut als einer von 14 Betrieben Rosen als Nutz- und Zierpflanzen in Steinfurth an, dies aber nicht mit gärtnerlichem sondern bäuerlichem Selbstverständnis. So wird zur Einhaltung einer Fruchtfolge auch Leguminosengemenge und Getreide angebaut, einige Pferde gehören zum Betrieb, das Gras im Verkaufsareal wird von ungewohnt friedlichen Gänsen gepflegt und es gibt Hühner zur Selbstversorgung mit Eiern. Die Direktvermarktung der Rosen hat im Betrieb einen hohen Stellenwert, sodass es einen großzügigen Schaugarten gibt. Die hieraus resultierenden Meere blühender Rosen und anderer Pflanzen schaffen einen wunderbaren Ort zum Tagen.

Ein Lob dem Pflanzenschutz

Sehr wohltuend war der Beginn der Tagung: Der Referent des Industrieverbands Agrar holte die TeilnehmerInnen gleich zu Beginn aus der „Käseglocke“ der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft. Auch wenn unter dem Tenor „Pflanzenschutz ist ganz ganz wichtig und voll ungefährlich“ nicht viel Neues berichtet wurde, wurde uns doch noch einmal vor Augen geführt, mit welcher Ignoranz von Seiten der Industrie Gesundheitsgefahren für Mensch und Biene kleingeredet und geleugnet werden. Im weiteren Verlauf des Abends wurde auch mit dem zweiten Referenten, Dirk Posse vom Netzwerk Wachstumswende, diskutiert, ob und warum eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum sinnvoll ist und was bäuerliche Landwirtschaft damit zu tun hat und was beispielsweise eine SoLaWi dafür tun kann. Diese zwei Impulsvorträge spiegeln den Titel der Tagung sehr schön wider, der Industrieverband Agrar

brachte die betrieblichen Realitäten auf den Punkt, wohingegen in der Wachstumswende viel Idealismus dahintersteht und es bisher wenige Praxisbeispiele gibt.

Um unsere Ideale Praxis werden zu lassen, fanden am Samstag zahlreiche Workshops statt: Das Thema bäuerliche Züchtung zieht sich seit letztem Herbst durch die aktive Arbeit der jAbL („Saatgut-Tour“). Im Workshop wurde sich in einer interessierten Runde mit den ökologischen Pflanzzüchtern Ben Schmehe und Anjana Pregitzer vom Dotzenfelder Hof ausgetauscht. Neben Fragen zur Umsetzung der Züchtung am Hof selbst und den bestehenden Herausforderungen der Sortenzulassung und -vermarktung, war für uns die Suche nach alternativen Züchtungsansätzen, mit einem stärkeren Einbezug der praktischen Landwirte in den Züchtungsprozess, von besonderem Interesse. Der Workshop „Verschuldung - Entwicklungschance oder Falle für landwirtschaftliche Betriebe“ hat einen sehr unterschiedlichen Umgang mit dem Thema offenbart: Zum einen die Referentin Alice Endres vom MEG Milchboard, die von der Schulden-

falle mit immer neuen, größeren Investitionen und den negativen Folgen berichtet hat, auf der anderen Seite ein Existenzgründer, der sich gerade einen neuen Schlepper gekauft hat und mit den Schulden ziemlich locker umgeht und sagt, er habe mit dieser Investition nicht das letzte Mal Schulden gemacht. Es war ein interessanter Gegensatz im Umgang mit dem Thema, und für die meisten in der Runde eher eine (noch) theoretische Frage, wie ein Betrieb aufgestellt sein kann. In einem weiteren Workshop wurde über die Möglichkeit berichtet, bäuerliche Betriebe über den Nebenerwerb zu erhalten oder sogar zu gründen. Hierbei wurde neben den verschiedenen Stufen der Nebenerwerbslandwirtschaft – von beinahe Hobby bis beinahe Vollerwerb – auch über (steuerliche) Vor- und Nachteile bestimmter Organisationsformen des Nebenerwerbs informiert. Einen Rahmen bildeten hierbei eine Art historische Abriss zur Nebenerwerbslandwirtschaft sowie die Vorstellung konkreter Betriebe.

Rosenblätter zum Essen

Die ausführliche Führung durch die

Rosenschule, inklusive crashkurs im Rosenveredeln, war vor allem olfaktorisch ein Highlight. Neben der Baumschule werden auch Rosenblüten von stark duftenden Sorten geerntet, die zu Lebensmitteln verarbeitet werden; die Produkte reichen von Sirup und Tee zu Rosensalz, Essig, Gelee, Likör und noch vielem mehr. Als Abschluss der Tagung fand ein Spaziergang auf dem Betrieb statt, der die wunderbaren Folgen dieser kleinteiligen, blühenden Form der Landwirtschaft in Form der Vogelpopulation augen- und ohrenscheinlich machte.

Auf eine neue Tagung im nächsten Jahr! Aber davor sehen wir uns in Altenkirchen!

*Carla Prötzel und Steffen Tackmann
junge AbL*



Motiviert und gut gelaunt tagt die junge AbL in Steinfurth

Foto: Tackmann

Federn lassen

Die Schwierigkeiten bei Neuland bedürfen einer gründlichen Aufarbeitung

Nun sind sie doch eine Fortsetzungsgeschichte, die Schwierigkeiten bei Neuland, seit klar ist, auch bei der Vermarktungsgesellschaft Neuland Süd gab es Richtlinienverstöße. Im April hatte die Wochenzeitung *Die Zeit* berichtet, dass ein niedersächsischer Geflügelmäster und Schlachter bis Ende 2013 offenbar gezielt auch Hähnchen aus „konventionellen“ Nachbarställen an die Neuland-Vermarktungs-GmbH Nord als Neuland-Qualität verkauft hat. Anfang Juni erzählt sie nun die Geschichte eines angeblichen „systematischen Betrugs“, der „von oben organisiert“ sei und bei dem „die Gier das Gewissen überwuchert“ habe. Die Story handelt von konspirativen LKW-Treffen zwecks Fleischübergabe auf einsamen Parkplätzen, von falschen Schafen und als unhaltbar dargestellten Zuständen am Schlachthof in Überlingen. In der Tat schrieben Veterinäre Mängelberichte über den Schlachthof, sie kontrollierten und dokumentierten aber auch, dass die Mängel abgestellt wurden. In der Tat trafen sich LKWs und luden Fleisch um, weil sie sich die weite Fahrt teilen wollten. Das Kritikwürdige daran ist nicht der Treff auf dem Parkplatz, sondern dass nicht offen

kommuniziert wurde, dass es sich bei der Transport- bzw. Verkaufsware nicht um Neulandhähnchen handelte. Der Bezug von Hähnchenfleisch aus dem benachbarten Frankreich war eine offiziell vom Neuland-Verein genehmigte Ausnahme, die die Zeit überbrücken sollte, bis die neuen Ställe der als Neuland-Hähnchenhalter angeworbenen süddeutschen Bauern in Betrieb gehen sollten. Zwei der französischen Betriebe waren im Auftrag von Neuland besichtigt und die Haltung für ausreichend artgerecht befunden worden. Kritisieren und ahnden muss man, dass offenbar auch aus nicht besichtigten Ställen des französischen Markenfleischprogramms und ohne Ausnahmegenehmigung Hähnchen als Neuland vermarktet wurden und dass die Ausnahme nach der Kündigung des vorherigen Neuland-Hähnchenlieferanten 2011 schon über einen ziemlich langen Zeitraum lief.

Nicht konsequent genug

Fragen kann man, warum es so lange gedauert hat, in Süddeutschland Ersatz zu finden, erst ab 2015 sollen nun die im Aufbau befindlichen süddeutschen Neuland-Hähnchenställe bzw. ihre Betriebe

Hähnchen liefern können. Fragen kann man auch, warum es anders als in Westfalen nicht gelungen ist, in Süddeutschland wie in Norddeutschland bei Neuland die Hähnchenhaltung auf mehrere Standbeine, sprich Betriebe zu stellen und somit die Abhängigkeit von dem jeweils einen Lieferanten so groß werden konnte. Man muss Fragen stellen, nach Kontrolle der Kontrolle, Konsequenz, Betriebsberatung und -akquise und Preisgestaltung. Im Fall der Schafe hat die Vermarktungsgesellschaft Süd offenbar pro Woche etwa zwei Lämmer als Neuland-Ware verkauft, obwohl der Neuland-Verein den Betrieb abgelehnt hatte. Der Schäfer hält seine Tiere gemäß den Neuland-Richtlinien, kuptiert aber die Schwänze der Muttertiere, was bei Neuland verboten ist. Die Neuland-Vermarktungsgesellschaft Süd hat den Verkauf von Hähnchen und Schafen als Neulandware bis auf weiteres eingestellt. Die Aufarbeitung und die dringend notwendigen grundlegenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, das steht nun an. Ärger über intransparentes Vorgehen, mal schnell und unkompliziert



erteilte weitreichende Ausnahmegenehmigungen, mal langwierige Prozesse und wenig Flexibilität, dürfen nicht dazu führen, dass die Vermarktungsgesellschaft sich mal eben selbst eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Enttäuschung, Selbstüberschätzung, zu wenig Struktur, Transparenz und Führungsstärke, zu viel Vertrauen und falsche Prioritätensetzungen dürfen nicht die gute Neuland-Idee in Gefahr bringen. Zwar wurde versucht in der jüngsten Vergangenheit durch begonnene Kontroll- und Richtlinienüberarbeitungen und die Einrichtung einer Strukturkommission gegenzusteuern, auch, weil es offenbar eine Selbsterkenntnis von Schwierigkeiten gab, die Arbeit dahingehend war aber bislang nicht konsequent genug. cs

Im Westen krähen Neuland-Hähne

Extensive Geflügelhaltung ist nicht ganz einfach

Vier Neuland-Hähnchenhalter rund um den Neuland Vermarktungs- und Zerlegebetrieb in Bergkamen bei Dortmund machen vor, wie es gehen kann mit dem Geflügel bei Neuland. „Es war eine Weichenstellung in die richtige Richtung“, sagt Hanno Brinkmann, der als Brüter und Mäster im vergangenen Jahr zu den Neuland-Hähnchenbetrieben kam. Nicht nur für seinen Betrieb sei es das Richtige, weil es ein Ausstieg aus der Massenproduktion sei, sondern eben auch für die Tiere und gesellschaftlich. „Das ist ein Trend, der wird sich auch nicht wieder ändern“, ist Brinkmann sich sicher. Er mästet nicht nur für Neuland, sondern er macht auch die Brüterei und die Jungtieraufzucht für die drei Berufskollegen mit. Vor gut zwei Jahren beschloss Neuland, die Hähnchenmast auf eine langsamer wachsende Rasse umzustellen, weg vom üblichen durch jahrelange Zucht getunten „Brustmuskel auf Beinen“, weil solche Züchtung eben auch nicht zur Philosophie „artgerecht“ passt. Aber der Beschluss ist das eine, die Umsetzung in der Praxis etwas ganz anderes. Daraus erwuchs die

Schwierigkeit, so eine Rasse überhaupt erst einmal zu finden und dann entsprechende Eier bzw. Jungtiere zu bekommen. Die Kreuzungsrasse Cobb Sasso schien geeignet und in Hanno Brinkmann fanden die Neuländer schließlich auch einen Brüter, der entsprechende Eier besorgen konnte und gleich auch bereit war, in eine Neuland-Richtlinien gemäße Jungtieraufzucht einzusteigen. Er brütet nach wie vor auch für andere Kleinmäster Geflügel aus, zieht aber nur Neuland-Tiere auf.

Kommunikation nötig

15.000 Neuland-Hähnchen vermarktet Hugo Gödde in diesem Jahr für die Neuland-Vermarktungsgesellschaft West an Kantinen, Großküchen Metzger. Die Motivation, so Gödde, vor vier Jahren mit der Hähnchenvermarktung anzufangen, waren die Anfragen von Neuland-Stammkunden. „Es gibt einen Trend, gerade der bewussten Konsumenten, zu Geflügelfleisch, gleichzeitig sind die Erzeugungskosten und der Preis hoch und die Vermarktung entsprechend begrenzt“, beschreibt er auch den Zwiespalt, der in

der artgerechten Geflügelhaltung liegt. Gefragt sei vor allem Brustfleisch, aber gerade die extensiveren Rassen bestehen aus deutlich geringeren Anteilen an den wertvollen Teilstücken. Das Futter der Neulandbetriebe ist ohne Soja gemischt und dadurch teurer. Die Tiere werden etwa doppelt so alt wie in konventioneller Haltung, (elf statt fünf Wochen) und setzen das Futter viel schlechter in Fleisch um. „Unsere Hähne haben alle einen Kamm und krähen, konventionelle haben noch nicht einmal ein richtiges Federkleid“, sagt Gödde, und er sagt auch, dass damit ein Auszahlungspreis für die Bauern einhergeht, der mit 3,50 Euro pro Kilo Schlachtgewicht deutlich über den konventionell üblichen 1,40 Euro liegt. Gerade bei den Großkunden ist da Überzeugungsarbeit gefragt, zudem muss sich eine Bereitschaft entwickeln, möglichst alle Teile von Hahn und Huhn zu nehmen. Gleichzeitig wünscht Gödde sich mehr Unterstützung auch von Fachleuten aus Institutionen und Wissenschaft, um Fragestellungen, die sich in der extensiven Erzeugung ergeben, effizienter zu beant-

worten, „damit die Bauern nicht alles selber rauskriegen müssen.“

Auch Spaß

Einer von den drei langjährigen Neulandbauern, die sich zu ihren ursprünglichen Schweinen noch Hähnchen in umgebaute Altgebäude mit Auslauf und Wintergarten gestellt haben, ist Ulrich Dingebauer aus Castrop-Rauxel. Er war skeptisch, als er nach zwei Jahren auf die neue Rasse umsteigen sollte. „Die wachsen ja langsamer. Aber dann haben wir bei Hugo noch ein paar Cent rausgeschlagen, jetzt passt es.“ Er ist auch deshalb zufrieden, weil die Tiere sich als robuster und gesünder entpuppten, als die der früheren Mastrasse. Und für ihn sind die Hähnchen eine Ergänzung in seinem Hofladen, dort verkauft er gerne die großen Tiere, die der Gemeinschaftsvermarktung mit über 2,5 kg Schlachtgewicht zu schwer sind. Die Kunden seien verblüfft und freuten sich, wenn sie einfach so in die Ställe gucken könnten, erzählt Dingebauer, so mache ihm das Spaß, Tiere zu halten. cs

Brandenburg, Thüringen und Sachsen wählen demnächst neue Landtage. Lange Zeit ging es mehr um blühende Landschaften als um Landwirtschaft in diesen Bundesländern. Das ändert sich nun. In der Heimat der Kanzlerin trafen sich Initiativen des Netzwerks Bauernhöfe statt Agarfabriken um sich auszutauschen. Am nächsten Tag demonstrierten sie gegen einen hier geplanten Schweinestall für 36.000 Tiere. In den drei Landeshauptstädten demonstrieren breite gesellschaftliche Bündnisse angeführt von Bauern in ihren Treckern gegen eine nach wie vor ungerechte Landvergabepraxis, gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Agrarstrukturentwicklung und für eine vielfältige, umweltverträgliche, bäuerliche Landwirtschaft. Es tut sich was im Osten.



Wir haben die Schweinemastanlage in Haßleben satt!

1.000 Menschen fordern, die Wiederinbetriebnahme der Anlage aus DDR-Zeiten zu stoppen

Trotz Sauwetter demonstrieren am letzten Sonntag im Juni über 1.000 Menschen gegen die Mega-Stallanlage in Haßleben (Nordbrandenburg). Dort möchte der holländische Investor Harry van Gennip die DDR-Mastanlage, in der Anfang der 1990er Jahre bis zu 130.000 Schweine gehalten wurden, wieder mit 36.000 Schweinen in Betrieb nehmen. Seit Bekanntwerden der Pläne van Gennips stellt sich die Bürgerinitiative „Kontra Industrieschwein“ den Plänen entgegen. Gegen die erfolgte Genehmigung legte man Widerspruch

ein. Bis zur Beendigung des Verfahrens darf mit dem Bau nicht begonnen werden. Rund 90 km nördlich von Berlin, eingebettet in die Naturschutzgebiete Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und Naturpark Uckermärkische Seen, liegt der kleine Ort Haßleben in der brandenburgischen Uckermark. Die Region, die auch das Land der 300 Seen, Flüsse und Bäche genannt wird, wurde im Mai 2013 zur Siegerin im Bundeswettbewerb „Nachhaltige Tourismusregion 2012/2013“ gekürt. Nur einen Monat später, im Juni 2013,

wurde die Wiederinbetriebnahme der alten Schweinemastanlage mit 36.861 Tierplätzen genehmigt. Der Betrieb war 1991 nach 13 Jahren auch wegen seiner schädlichen Umweltauswirkungen geschlossen worden. 2003 wurde die Anlage vom holländischen Investor Harry van Gennip erworben. In den Niederlanden werden Prämien für den Abbau von Mastplätzen gezahlt, da das Grundwasser dort in weiten Teilen des Landes durch die industrielle Massentierhaltung bereits verseucht ist. Mit dem Geld können woanders neue Mastanlagen gebaut werden. Genau das passiert in Ostdeutschland. Brandenburgs Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger (SPD) betont, dass die Massentierhaltung mit Mitteln des Landes sowie der Europäischen Union weiter gefördert werden solle und jede Investition in neue Mastanlagen auch eine Investition ins Tierwohl sei.

Frank van der Hulst hat sich mit seiner Familie im zehn Kilometer entfernten Weggun vor fünf Jahren angesiedelt und betreibt auf 15 Hektar bäuerliche Landwirtschaft mit Beerenanbau und Hühnerhaltung. In den Sommermonaten arbeiten auf seinem Betrieb bis zu 25 Menschen. „Eine Landwirtschaft, in der Tierwohl und Nachhaltigkeit im Zentrum stehen, ist nur möglich mit ökologischen und konventionell wirtschaftenden bäuerlichen Familienbetrieben. Wichtigste Voraussetzung sind gerechte Preise: eine faire Vergütung für gesunde Ernährung und die ökologischen, landschaftlichen sowie gesellschaftlichen Aufgaben, die wir Bauern und Bäuerinnen leisten,“ äußert sich van der Hulst, Sprecher der AbL Brandenburg auf der Kundgebung vor der Stallanlage in Haßleben. Er und seine Frau zeigen auf, wie man die Region, die Dörfer der Uckermark belebt und regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt. Das ist nicht das Ziel eines Investors. Er zieht den Gewinn aus der Region ab. Zurück bliebe die Belastung. Böden, Wald und Gewässer würden durch Stickstoffeinträge weiter geschädigt. Die Geruchsbelästigung und der Schwerlastverkehr durch Tier- und Gülletransporte würden stark zunehmen. Das könnte sogar Arbeitsplätze im Tourismus gefährden.

*Jochen Fritz,
Sprecher der Kampagne Meine Landwirtschaft / "Wir haben es satt"*



Mit Trommeln und Megafonen gegen Massentierhaltung

Foto: Meine LW

Verheerende Auswirkungen

Versprochen wurden ursprünglich 50 neue Arbeitsplätze für die Region. Wahrscheinlich werden es weniger als 20. Die örtliche Bürgerinitiative „Pro Schwein“ forderte mit dem Arbeitsplatzargument lautstark am Rande der Demo eine sofortige Inbetriebnahme der Anlage. In der Tat hat die Uckermark eine hohe Arbeitslosenquote. Doch die Gegend hat sich verändert. In Haßleben sind Arbeitsplätze durch den Tourismus entstanden und die Unterstützung für den Mega-Stall schwindet in der Region. Auch der Biobauer

Demotermine siehe Seite 22

Den individuellen Einwand finden

Rechtsanwalt Peter Kremer sucht gemeinsam mit Betroffenen nach Möglichkeiten, gegen Massentierhaltungen vorzugehen

Unabhängige Bauernstimme: Herr Kremer, als Rechtsanwalt suchen Sie nach rechtlichen Strategien, um große, industrielle Tierhaltungsanlagen zu verhindern. Welche Möglichkeiten gibt es für die Gemeinden und die Bevölkerung?

Peter Kremer: Die rechtlichen Ansatzpunkte sind von Fall zu Fall sehr unterschiedlich und hängen im Einzelfall immer von der Situation vor Ort ab. In der Nähe von Ortschaften kommen Geruchs- bzw. Lärmimmissionen in Betracht. Hohe Ammoniakemissionen sind dann ein Ansatz, wenn es im Umfeld stickstoffempfindliche Lebensräume gibt.

Landwirte haben das Privileg, im Außenbereich bauen zu dürfen. Im vergangenen Jahr wurde das Baugesetzbuch geändert, sodass gewerbliche Anlagen im Außenbereich nicht mehr privilegiert sind. Standortbezogene landwirtschaftliche Tierhalter, die mehr als die Hälfte des benötigten Futters auf den eigenen Flächen produzieren können, sind aber weiterhin privilegiert. Sehen Sie hier mögliche Ansatzpunkte?

In der Tat ist die Frage der Privilegierung nicht immer unumstritten. Vor

allem der Flächenbezug und die Dauer der Pachtverträge können Aufschluss darüber geben, ob die Bedingungen für eine Privilegierung auch langfristig erfüllt werden.

Können Bürger, die sich gegen einen Neubau wehren wollen, einfach vor Gericht ziehen und klagen?

Im Einzelfall muss man prüfen, wer zur Klage berechtigt ist. Nicht immer sind das die Betroffenen vor Ort. Befürchtete Gesundheitsgefahren durch Keime beispielsweise fallen unter den Schutz und nicht die Vorsorge, weshalb die

Anwohner (noch) nicht klageberechtigt sind, eventuell aber Umweltverbände. Eine zu befürchtende Beeinträchtigung von geschützten Biotopen oder Lebensräumen seltener Arten können nur Umweltverbände vor Gericht bringen. Ein großer Fortschritt ist das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände, das es bisher aber nur in einigen Ländern gibt.

Die Betreiber solcher Anlagen argumentieren immer mit der Einhaltung aller vorgeschriebenen Auflagen und sehen ihr Handeln daher im Einklang mit dem Tierschutzgesetz.

Die Haltungsanforderungen sind in einer Verordnung geregelt. Das sind aber nur Mindestanforderungen. Das Tierschutzgesetz verlangt aber zusätzlich, dass die Tiere artgerecht gehalten werden und keine Schmerzen, Leid oder Schäden verursacht werden. Die Mindestanforderungen aus den Haltungsverordnungen erfüllen dieses Ziel nicht. Gerichtlich ist das aber noch nie überprüft worden. Hier wird das Verbandsklagerecht Tierschutz weiterhelfen.

Vielen Dank

mn



36.816 Schweine sollen in Haßleben stehen. 1991 war der DDR-Stall wegen seiner Umweltbelastungen geschlossen worden.

Foto: meine LW

Länder des aufgehenden Lichts

In ostdeutschen Bundesländern wird die Entwicklung der Agrarstruktur von einer wachsenden gesellschaftlichen Bewegung kritisch gesehen

Es ist auch eine Auseinandersetzung um die Begrifflichkeiten Massentierhaltung, Agrarwende... In Brandenburg verteidigt der Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) öffentlich die Massentierhaltung. Es brauche noch mehr Tierhaltung in Brandenburg, damit die Selbstversorgung gewährleistet sei. Der Grüne Landtagsabgeordnete Axel Vogel weist hingegen darauf hin, dass es zumeist außerlandwirtschaftliche Investoren sind, die in große industrielle Tierhaltungsanlagen einsteigen und zudem den Pachtmarkt für alle verschärfen. Nicht nur die Frage einer artgerechten Tierhaltung muss man hier stellen, sondern auch die des Ausverkaufs Brandenburgs. Bei der Bewertung dieser Entwicklungen sind sich die jeweiligen Landtagsparteien da schon einiger, inzwischen gibt es kaum jemanden mehr, der die Strukturentwick-

lungen nicht als problematisch ansieht. Viel Aufklärungsarbeit hat hier die Enquetekommission geleistet, die sich mit der Aufarbeitung des Stasi-Unrechts befasst hatte. Sie untersuchte eingehend die Agrarstruktur Brandenburgs, deren Ursprünge und gab Handlungsoptionen für die Zukunft. Eine dieser Handlungsoptionen war die Aufnahme der Arbeit einer vom Landtag ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe Boden, welche in ein Abschlusspapier mündete, in dem dazu aufgefordert wird, den „ortsansässigen Landwirt“ in der Frage der Bodenvergabe besser zu stellen als andere Mitbewerber. In diesem Zusammenhang wurde nun beim wissenschaftlichen Dienst des Landtags ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die Definition und die Handlungsspielräume ausgelotet werden sollen. Schließlich kann es nicht um platte

Ausgrenzung gehen, sondern eben auch darum, welchen Beitrag zum Erhalt einer vielfältigen Landwirtschaft und Landschaft in Brandenburg so ein Bodenvergabe-kriterium leisten kann.

Agrarwende-Bündnis

Axel Vogel ist froh, dass Landwirtschaft, Bodenvergabe, Tierhaltung endlich Themen in Brandenburg sind, und hofft mit den vielen bewegten Menschen auch in der Politik nun etwas zu verändern. Ein Anknüpfungspunkt ist da sicherlich die Volksinitiative gegen Massentierhaltung, angeschoben von dem gesellschaftsübergreifenden Agrarwende-Bündnis. Geschäftsführer Michael Wimmer berichtet von inzwischen 20.000 Unterschriften und einem „schäumenden“ Landesbauernverband. Allerdings sagt er auch, dass man in Einzelgesprächen oft auch von Bau-

ern hört, dass sich etwas ändern muss. Wenn klar wird, dass es hier nicht um eine Aktion „romantischer Stadtmenschen“ gehe, so Wimmer, treffe man auf Verständnis und Zustimmung.

Demos allerorten

Ähnlich wie in Brandenburg haben sich auch in den ebenfalls neue Landtage wählenden Ländern Sachsen und Thüringen gesellschaftliche Bündnisse für eine andere Art von Landwirtschaft gegründet. Viele Veranstaltungen und in jedem Land eine Demo bringen Trecker in die Städte und bewegte Menschen in Gang. Die Agrarstrukturen Ostdeutschlands werden nicht länger nur von einem kleinen Teil der Bauern und Bäuerinnen als problematisch wahrgenommen, sondern von immer größeren Kreisen der gesamten Bevölkerung.

cs

Zwei Kühe, ein Kalb und drei Jahre vor Gericht

Zu Besuch auf dem Peterbachhof

Der Ort Büßleben liegt unweit von Erfurt. Eingebettet in sanfte Hügel. Weizen und Rapsfelder umfließen das Dorf. Fast schon grenzenlos scheinen die einzelnen Flächen bis zum Horizont zu reichen. Am Dorfrand, gleich neben der Dorfkirche, liegt der Peterbachhof der Familie Möller. Bis zum Beitritt in die LPG 1960 wurde der Hof von Familie Möller bewirtschaftet. Jetzt nach dem Ende der DDR und der Überführung der LPG in eine Genossenschaft, wollte Ulrich Möller die alte Familientradition weiterleben lassen. „Eigentlich“ so Ulrich Möller „wollte ich nur zwei Kühe und ein paar Kälber halten.“ Die kaufte er in Nordrhein-Westfalen. Zwei Piemonteser Kühe, eine Fleischrinderrasse aus Norditalien, mit Kalb. Die 800 Quadratmeter direkt am Hof wurden schnell zu klein. Angrenzend an den eigenen Bauerngarten, direkt hinter Kirche und Friedhof, wollte Ulrich Möller darum 7.500 Quadratmeter Land zukaufen, als Kuhweide.

Der lange Streit

Alles schien auf einem guten Weg, bis die Nachricht von der Landwirtschaftskammer kam: Die Nebenerwerbslandwirtschaft sei nur Hobby. Außerdem habe die Agrargenossenschaft ihr Interesse an der Fläche bekundet. Eine

Zustimmung zum Kaufvertrag blieb aus. Manch einer hätte sich vielleicht jetzt schon geschlagen gegeben und die scheinbare Übermacht der Agrargenossenschaft mit ihren 3.500 ha und den alten Seilschaften zwischen Genossenschaftsleitung, Bauernverband und Behördenvertretern akzeptiert. Doch dann wäre auch die Idee von der eigenen Tierhaltung gleich am Haus, der Rückkehr zur eigenen Landwirtschaft, einer ökologischen Landwirtschaft gestorben. Ulrich Möller beschließt zu kämpfen. Er geht vor Gericht. Zwei Instanzen und drei Jahre dauert der Prozess. Daneben versucht er den Betrieb weiter aufzubauen. Er baut einen Unterstand für die Kühe. Ohne Genehmigung, damit die Behörde aktiv werden muss. Das Bauamt wollte den Bau genehmigen, brauchte aber die Einschätzung der Landwirtschaftskammer bezüglich der Ernsthaftigkeit des landwirtschaftlichen Betriebs. Wieder ging es um die Einschätzung Hobby oder ernsthafte Gewinnerzielungsabsicht. Die Behörden schoben sich die Papiere und die Verantwortung wechselseitig zu. Nichts passierte. Und was ist mit der Sorge um die Tiere, was mit den Plänen für ein überdachtes Heu- und Strohlager? Damit bleibt Möller allein. Es dauert. Anrufen, verhandeln, drän-

geln. Nicht zu viel aber auch nicht zu wenig. Neben den Piemonteser Kühen hält Möller Gänse, die als Martins- und Weihnachtsgänse vermarktet werden. Die Nachfrage im Ort und in Erfurt ist gut. Auch Wurst und Fleisch der ersten geschlachteten Rinder finden einen guten Absatz.

Regen und Flut

Der Markt ist da, nur bei der Produktion muss Möller weiterhin mit den Behörden kämpfen. Dann das Jahr 2013. Die Kräfte am Ende. Und dann kommt auch noch das Hochwasser. Der kleine Bach vor dem Haus, im zwei Meter tiefen Graben, nicht mehr als ein Bächlein. Doch gleich zweimal tritt er im vergangenen Jahr über die Ufer. „Nicht mal mit Gummistiefeln konnte man das Haus verlassen“, so hoch steht das Wasser im Hof. Heu und Stroh versinken in der Flut. „Da war ich kurz davor aufzugeben“, räumt Ulrich Möller heute ein. Er hat es zum Glück nicht getan. Der Stallbau wurde im vergangenen Jahr nach langem Hin und Her genehmigt. Zwar verlor er den Prozess um die Zustimmung der Landwirtschaftskammer zum Landkauf in der zweiten Instanz, aber Ende Dezember konnte er die Fläche dennoch kaufen. Die Genossenschaft war an den 7.500

Quadratmetern scheinbar doch nicht interessiert.

Recht haben und bekommen

„Was nützt mir der Rechtsstaat“, fragt Möller, der sich seine Existenzgrundlage so hart erkämpfen muss. Er, inzwischen 58 Jahre alt, ist erfahren. Hat schon zu DDR Zeiten in der LPG und im Gemüsebetrieb in Erfurt gearbeitet. Kennt die Strukturen, die Menschen. Ist in Büßleben zu Hause. Was machen junge Menschen, die mit Landwirtschaft anfangen wollen? „Die haben keine Chance.“ Es ist nicht nur die Situation, dass die Genossenschaft annähernd alle Flächen bewirtschaftet. Es sind auch viele gewachsene, unsichtbare Strukturen. Da sind die vielen Flächenbesitzer, weil Büßleben Realteilungsgebiet war. Und alle waren in der LPG. Für viele ist das in Gedanken noch immer so. Da gibt es eine gefühlte Verpflichtung, auch wenn die Situation sich längst geändert hat und die LPG zur Genossenschaft geworden ist, in der nur noch die Geschäftsführer als Mitglieder organisiert sind.

Schritt für Schritt

Die Umsetzung der eigenen Visionen kostet Kraft. Viele der kleinen Expansionsschritte kosten Geld. „Familien-geld“, wie Möller es nennt. Darum möchte er auch möglichst schnell eine schwarze Null schreiben. Möchte den Stall fertigstellen, den Hofladen eröffnen und den Hof zu einem Erlebnisplatz für die Kunden machen. Landwirtschaft direkt erleben und dabei einkaufen. Das ist seine Vision. Einen Gegenentwurf zur durchrationalisierten, auf Kunstdünger und Pestizide setzenden Landwirtschaft der Genossenschaften. Die Mutterkuhherde soll von derzeit 33 auf 60 Tiere aufgestockt werden. Dann könnten die Kunden von Mai bis September mit Rindfleisch beliefert werden. Neben Klee- und Luzernegras baut Möller Grünmais für die 150 Gänseküken an. Im kommenden Jahr will er auch wieder Futterrüben säen. Für Ulrich Möller ist ökologische Produktion auch regionale Produktion. Es geht um eine regionale Unabhängigkeit. Ein möglichst vollständiges Angebot. Deshalb sucht er auch nach einem Einsteiger, der den Hof um einen Gemüsebereich erweitern könnte. *mn*



Dass Ulrich Möller trotz der Auseinandersetzungen die Kraft und vor allem die Ideale nicht verloren gegangen sind, daran sind seine „Lieblinge“, die Piemonteser, die Gänse und die schöne Landschaft im ruhigen Büßleben nicht ganz unschuldig. Fotot: Nürnberger

Gülleüberschüsse, Emissionen und Antibiotika

KTBL-Tagung: Baurecht und Gerichte verlangen nachhaltigere landwirtschaftliche Flächenbindung

Bestandsgröße und Haltung

Entgegen allen Agrarindustrie- und Bauernverbands-Behauptungen belegen Studien des Bundesamts für Risikobewertung (BfR) eindeutig den Zusammenhang zwischen Antibiotika-Resistenzen einerseits und Betriebsgrößen und Haltungsform andererseits: Im Tagungsband zum BfR-Symposium zur „Antibiotikaresistenz in der Lebensmittelkette“ (November 2013), werden die Ergebnisse des Resistenz-Monitorings (2009 bis 2012) hinsichtlich des Vorkommens resistenter Bakterien bei den Nutzertierarten folgendermaßen beziffert: 90 % bei Masthähnchen und Mastputen, 82 % bei Mastkälbern, 76 % bei Mastschweinen, 37 % bei Legehennen und 19 % bei Milchrindern. Laut einer BfR-Metaanalyse zu „Risikofaktoren für MRSA in der Tierproduktion“ (2013) von Fromm, Beisswanger und Tenhagen gibt es MRSA-positive Herden zu folgenden Prozentsätzen in den unterschiedlichen Bestandsgrößen der Schweinemast: zu 71,4 % in Betrieben mit mehr als 5.000 Mastplätzen, zu 67,1 % zwischen 1.000 und 5.000 Mastplätzen, zu 58,4 % zwischen 500 und 1.000 Mastplätzen und zu 27,5 % in Betrieben mit weniger als 500 Mastplätzen. In geschlossenen Systemen (Ferkelerzeugung und Mast) fand man mit 38,9 % deutlich weniger MRSA-positive Herden als bei spezialisierten Mastbetrieben, bei Öko-Schweinebetrieben nur 13 %. en

Bei der diesjährigen Vortragsveranstaltung des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) zu „Aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tierhaltung“ in Ulm und Hannover hat Dr. Georg vom Trenthorster Thünen-Institut für Ökologischen Landbau auf fehlende Untersuchungen zu den Emissionen aus Ökologischer Tierhaltung hingewiesen. Bisher würden daher bei Weidegang, Auslaufställen und Mist zu hohe Emissionswerte angenommen. Herr Klahn (Ingenieurbüro Eckhoff) berichtete über das Ende der baurechtlichen Privilegierung gewerblicher Großställe, wodurch die Gemeinden jetzt ein Vetorecht gegen gewerbliche Anlagen mit Tierplätzen oberhalb von 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen, 30.000 Masthühnern, 15.000 Legehennen/Puten oder 600 Rindern hätten.

Pachtdauer und Privilegierung

In der Diskussion ging es um die Frage, welche Pachtdauer bei der Berechnung der Futterfläche für die landwirtschaftliche Privilegierung als nachhaltig anzusehen sei und ob für die konkrete Tierart ungeeignete Fruchtfolge-Glieder flächenmäßig

überhaupt anrechenbar seien. Herr Schepers (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) referierte über neue Melde- und Kontroll-Vorschriften bei der Wirtschaftsdünger-Verbringung aus den nordwest-niedersächsischen Intensivtierhaltungs- und Biogas-Regionen (16 Mio. t) - bei Zuzahlungen für den Kubikmeter Gülle in Höhe von 10 bis 15 Euro pro Kubikmeter Gülle seien die Grenzen der überregionalen Transporte deutlich. Der qualifizierte Flächennachweis bei Stallbauten verlange in Niedersachsen eine dauerhafte Regelung und Kontrolle über den Verbleib der Exkremate aus den Ställen. Deshalb würden die Genehmigungsbehörden die Gülle-Abnahme-Verträge mit manchen Gülle-Vermittlern nicht mehr anerkennen. Bei Betrieben mit viel Biogasmais werde mittlerweile eine Lagerkapazität für Gülle und Gär-Reste von acht bis zehn Monaten verlangt. Der Rechtsprechungs-Rückblick von Herrn Nies (Landwirtschaftskammer NRW) war u.a. geprägt durch neue Urteile, die eine stärkere Bindung von beantragten Stall-, Haus- und Biogas-Bauten an einen nachhaltig landwirtschaftlichen (nichtgewerblichen) Betrieb verlangten.

Wenn eine Biogasanlage nicht genehmigungskonform errichtet oder betrieben oder verändert werde, hätten die Behörden laut Niedersächsischem OVG nur in Ausnahmefällen das Recht, auf eine Stilllegung zu verzichten und einen Weiterbetrieb zu dulden.

Neue Rechtslage

Herr Ohlms (Landkreis Borken) berichtete über einen deutlichen Rückgang von gewerblichen Stall-Genehmigungsanträgen seit der Novelle des Baugesetzbuchs. Über die derzeit laufende Erarbeitung eines Leitfadens für die Beurteilung von Stickstoffeinträgen in FFH-Gebiete referierte Herr Balla (Bosch & Partner). Die Novelle des Arzneimittelgesetzes und die dadurch beabsichtigte Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung über eine Erfassung der zwischenbetrieblichen Unterschiede der Therapiehäufigkeit auch bei Ferkeln, Kälbern und Küken war Inhalt des Vortrags von Herrn Schneichel (Bundesverband Praktizierender Tierärzte), wobei er vor europaweiten „Überbietungswettbewerben zu ehrgeiziger Antibiotika-Reduktionsziele“ warnte. en



Punktueßer Harnstoffüberschuss

Foto: Steinbrich/pixelio

EEG ohne große Änderungen verabschiedet

Nun ist es verabschiedet, dass neue umstrittene Erneuerbare-Energien-Gesetz, zwar von der großen Koalition aber gegen die Stimmen von 13 vornehmlich Agrarpolitikern aus den Reihen der Union. Zwar hatte es noch Änderungen an dem Vorschlag der Regierungsfractionen und besonders eben dem SPD-geführten Energieministerium von Sigmar Gabriel gegeben, die die scharfen Einschnitte bei den Erneuerbaren Energien abmildern sollten. Der Branche gehen diese aber nicht weit genug. Vom Ausbremsen der Energiewende spricht beispielsweise nach wie vor der Präsident des Fachverband Biogas, Horst Seide. Es werden kaum möglich sein, mit Biomasse in Neuanlagen zukünftig Geld zu verdienen. Einer rechtlichen Prüfung durch die EU-Kommission hielt das neue Gesetz stand, auch der Bundesrat muss nicht zustimmen. In so fern steht seinem Inkrafttreten im August nicht mehr viel im Wege.

Bauernverband rückt ran

Beim Thema Nachbaugebühren kommen sich Pflanzenzüchter und Bauernverband sehr nahe

Die Perspektive ist klar. Die European Seed Association (ESA), der Dachverband der Pflanzenzüchter auf europäischer Ebene, hat kein Interesse daran, dass Bauern und Bäuerinnen Nachbau betreiben. Und wenn schon, dann sollte er aus ihrer Perspektive nicht kostenfrei sein. Dazu gibt es ein ESA-Papier, in dem das sehr deutlich gemacht wird: Nachbaugebühren in Z-Lizenzhöhe, Mengen- und Flächenbegrenzungen beim Nachbau, keine Ausnahme mehr für Kleinlandwirte, eine Loslösung der Nachbaugebühren von Auskünften, die Bauern und Bäuerinnen geben sollen oder eben auch nicht bereit sind zu geben. Sollte das so umgesetzt werden, ist das Landwirteprivileg endgültig Geschichte. Verbündete hat sich die ESA auch schon gesucht und gefunden: Copa-Cogeca, der europäische Bauernverband, trägt das Papier mit.

Den Schulterschluss mit der Saatgutbranche suchte auch der Vorsitzende des Saatgutausschusses des Deutschen Bauernverbandes, Helmut Gumpert, in Sachen Nachbauregelung. So berichtet vom diesjährigen Saatguthandelstag auf der Burg Warberg. Gumpert, der auch Präsident des thüringischen Landesbauernverbandes und Saatgutvermehrter ist, betonte dort auch die gemeinsamen Interessen von Handel und Landwirtschaft.

Neue Regelung

Intensiv wolle der Deutsche Bauernverband zu einer fairen Lösung für die Nachbauproblematik beitragen, wobei Gumpert klar machte, dass offensichtlich ein System, was auf Freiwilligkeit beruhe, nicht funktioniere. Jeder der vom Landwirteprivileg Gebrauch mache, solle auch einen entsprechenden Betrag dafür bezah-

len, so seine Aussage. Die Politik sei gefragt, neue gesetzliche Regelungen einzuziehen. Zumindest der Vorsitzende des Saatbauverbandes Sachsen-Thüringen, Matthias Finck, forderte auch noch etwas von den Pflanzenzüchtern ein. Zwar sprach auch er sich für ein „flächendeckendes, unbürokratisches und faires System der Erhebung der Nachbaugebühren“ aus, verlangte aber zumindest noch von den Züchtern größere Zuchtfortschritte und ein übersichtlicheres Sortiment. Statt „neu erfundener“ Sorten, die nur wenig neue Eigenschaften brächten, seien mehr echte Neuzüchtungen gefragt, so Finck. Die Branche hadert nach wie vor mit sinkenden Anteilen des Einsatzes von zertifiziertem Saatgut und beklagt einen erheblichen Strukturwandel, angeblich mit beschleunigt durch die unbefriedigende Nachbaugebührensituation. cs



Sicherung des Saatguts

„Das Thema Saatgut und Saatgutsouveränität, auch wenn die meisten Kunden diesen Begriff nicht direkt verwenden, rückt langsam stärker in die öffentliche Wahrnehmung. Wer darüber informiert ist, dass heute nur wenige Großkonzerne die globale Saatgutproduktion bestimmen, kommt schnell zu der Einsicht, dass kommerzielle Züchtungspraktiken zur Herstellung öffentlicher Güter kein optimaler Weg sind“, formulierte Ernst Köhler, Inhaber der Vollkornbäckerei Köhler in Würzburg, anlässlich der Übergabe von 25.000 Euro an den Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. In sechs Tagen hatten 44 Bäckereien unter der Organisation des Vereins Die Bäcker – Zeit für Geschmack e. V. die Summe zur Unterstützung ökologischer Züchtungsinitiativen zusammen gebracht. „Mit der Freiheit des Saatgutes ist der freie Austausch von Wissen, Kultur, Traditionen und Ideenreichtum verbunden. Deshalb unterstützen wir die biologischen Züchtungsinitiativen und wollen gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen dieser Entwicklung entgegen treten und aktiv zur Sicherung der Saatgutsouveränität beitragen“, so die Motivation des Bäckerzusammenschlusses. pm



Welche Züchtung für mehr Sortenvielfalt?

Foto: berggeist/pixelio

Gentechnik gegen Vielfalt

Das deutsche Bundesamt für Naturschutz hat gemeinsam mit dem österreichischen und dem schweizerischen Umweltbundesamt im Rahmen einer Literaturstudie untersuchen lassen, wie sich der langjährige Anbau herbizidresistenter gentechnisch veränderter Pflanzen auf die Umwelt auswirkt und die Ergebnisse in einem gemeinsamen Bericht veröffentlicht. Die kritische Bilanz: Eine intensive Landbewirtschaftung und die damit einhergehende Verwendung hoher Mengen an Pflanzenschutzmitteln sind Hauptursachen für den Verlust von Biodiversität. In Nord- und Südamerika werden seit knapp 20 Jahren gentechnisch veränderte Pflanzen mit Resistenzen gegen verschiedene Totalherbizide (z.B. Glyphosat) großflächig angebaut. Die Studie zeigt, dass im Verlauf dieser Zeit der Herbizidverbrauch kontinuierlich ansteigt. Die Folge ist eine deutliche Abnahme der Biodiversität auf und neben den Ackerflächen. Das Aufkommen von herbizidresistenten Ackerbeikräutern und die damit verbundene Steigerung des Pestizideinsatzes führt auch zu einem Verlust von Tierarten in landwirtschaftlich genutzten Lebensräumen. cs

Einfuss auf EU-Kommission

Das jüngst veröffentlichte Strategiepapier „A New Strategy on GM Issues“ des europäischen Dachverbandes der Biotechnologie-Konzerne - EuropaBio - aus dem Jahre 2012 zeigt wie die Konzerne versuchen Einfluss auf das europäische Zulassungsverfahren zu nehmen. Um Druck aufzubauen und Kompromissbereitschaft bei den Mitgliedstaaten zu erreichen schlug der Lobbyverband verschiedene Maßnahmen vor: Zum Beispiel sollte die EU-Kommission in der Zulassung befindliche gentechnisch veränderte Pflanzen zur Abstimmung vorschlagen, wenn es keine qualifizierte Mehrheit gibt und daher eine Zulassung wahrscheinlich scheint. Zudem soll mit einem, die schnelle Zulassung betreffenden, rechtlichen Handlungsdruck argumentiert werden. Dieser auch von der Kommission immer wieder angedeutete Handlungsdruck, wird vielfach bezweifelt und ist bisher auch nie gerichtlich geprüft worden. Eine weitere von der Industrie geforderte Änderung ist die Festlegung von Schwellenwerten für Saatgut. Alle diese Prozesse werden hinter den Kulissen vorangetrieben. av

US-Konzerne gegen gv-Kennzeichnung

Die Verbände der Lebensmittelindustrie haben im US-Bundesstaat Vermont Klage gegen das erst vor kurzem beschlossene Gentechnik-Kennzeichnungsgesetz eingereicht. Zu den Klägern gehören Coca-Cola, PepsiCo und Nestlé sowie Gentechnik-Konzerne wie Monsanto und Dow. Sie befürchten, dass Verbraucher in Vermont ihre Produkte künftig im Regal liegen lassen könnten, wenn diese ab 2016 den Hinweis „genetically modified“ tragen. Viele Fertiggerichte, Snacks und Limonaden in den USA enthalten gentechnisch veränderten Zucker, Maisderivate oder Sojaöl. Die Kläger sehen ihre garantierten Rechte auf Meinungsfreiheit eingeschränkt, denn ihrer Meinung nach sei die Verwendung von Gentechnik-Zutaten keine verbraucherrelevante Information. Laut jüngeren Umfragen zum Thema wünschen sich 90-% der US-Amerikaner eine gesetzliche Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Zutaten – circa 70 % erklärten, dass sie Gentechnik beim Einkauf vermeiden möchten. av

Große DNA-Fragmente im Blutkreislauf

Große DNA-Fragmente aus Nahrungsmitteln können den Verdauungsprozess unbeschadet überstehen und in den menschlichen Blutkreislauf gelangen, das belegen neue Studien. Die entdeckten DNA- und auch RNA-Segmente sind so groß, dass sie ganze Gene tragen können. RNA aus der Nahrung sei umfangreich und weit verbreitet im menschlichen Kreislaufsystem. Entgegen den bisherigen Annahmen könnten also gentechnisch veränderte Sequenzen unverändert in menschliche Zellen gelangen und die Zellaktivität beeinflussen. av



Opt out: Luftnummer gegen Gentechnis?

Foto: Hermsdorf/pixelio

Neues GVO-Zulassungsverfahren

Gentechnik-Anbauverbote sollen mit Konzern besprochen werden

Am 12. Juni haben sich die EU-Mitgliedstaaten fast einstimmig für den sogenannten „griechischen Vorschlag“ zu nationalen Gentechnik-Anbauverboten ausgesprochen – enthalten haben sich Belgien und Luxemburg.

Konzernbefragung

Laut Vorschlag können EU-Mitgliedstaaten zu drei verschiedenen Zeitpunkten den Anbau verbieten: zunächst während des Zulassungsverfahrens und dann zweimal nach erteilter Anbauzulassung.

Bei der ersten Möglichkeit kann ein Mitgliedstaat während des Zulassungsverfahrens, über die Kommission, beim Gentechnikkonzern einen Antrag auf ein Anbauverbot stellen. Diesen können die Konzerne aber ohne Angabe von Gründen ablehnen. „Ein solches Recht in einen Gesetzestext aufzunehmen ist bislang einmalig und leitet einen stillschweigenden Paradigmenwechsel ein, weil es die Souveränität der Mitgliedstaaten untergräbt“, kommentiert Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL. Wenn der Gentechnikkonzern dem Anliegen eines Mitgliedstaates nachkommt, wird dies im europaweiten Anbauzulassungsantrag als Ausnahme vermerkt. Diese Kopplung hört sich nicht nur kompliziert an, sie verzerrt auch das Abstimmungsverhalten der Mitgliedstaaten: Europaweit mit „ja“ stimmen, wenn der Mitgliedstaat national „nein“ zum Anbau sagt.

Wasserdichte Verbote?

Mitgliedstaaten, die in Phase 1 versucht haben, ein Verbot zu erreichen - und gescheitert sind - dürfen nach erteilter Zulassung ein Verbot aussprechen. Dies muss aber „begründet, verhältnismäßig und nicht diskriminierend“ sein. Verbotgründe können beispielsweise folgende sein: „Umweltpolitische Ziele, die nicht im Zulassungsverfahren bewertet werden; Raumordnung; Landnutzung; sozioökonomische Auswirkungen; Vermeidung des Vorhandenseins von GVO in anderen Produkten; agrarpolitische Ziele, Öffentliche Ordnung“. Gentechnikkritiker halten die Formulierungen für vage, undefiniert und nicht rechtssicher. Eine rechtliche Prüfung, ob die aufgeführten Verbotgründe einer drohenden Klage der Gentechnik-Konzerne Stand halten, hat die Bundesregierung bislang nicht vorgenommen.

Verbote nach zwei Jahren

Als dritte Möglichkeit können Mitgliedstaaten den Anbau aus „neuen und objektiven“ Gründen verbieten. Diese Verbots-

möglichkeit entspricht im Wesentlichen der bisher schon möglichen „Schutzklausel“, nach der beispielsweise der Gentechnik-Mais MON810 in Deutschland verboten ist. Mit dem Unterschied, dass ein solches Verbot, mit Hinweis auf die Rechtssicherheit für die Konzerne, erst nach zwei Jahren erlassen werden darf. Noch kurz vor der Abstimmung im EU-Umweltministerrat hatten die CDU/CSU und SPD beschlossen, dass es jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich sein muss, Anbauverbote zu verhängen. Davon ist der auch von der Bundesregierung befürwortete Vorschlag weit entfernt. Die sicherste Möglichkeit, den Gentechnik-Anbau zu verhindern wäre, wenn die Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, mit einem klaren „nein“ für Anbauzulassungen stimmen. Damit wäre der Anbau europaweit verhindert.

Trilog und nationale Umsetzung

Im nächsten Schritt werden die Vertreter des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission einen Kompromiss zu den Verbotsmöglichkeiten im sogenannten Trilog-Verfahren finden müssen. Schon 2011 hatte das Europäische Parlament einen weitergehenden Vorschlag eingebracht. Hiernach sollte das EU-Umweltrecht als Grundlage für die Anbauverbote genutzt werden, was die Rechtssicherheit nach Einschätzung von Experten deutlich erhöhen würde. Zudem sollte das Zulassungsverfahren verschärft werden und die Möglichkeit bestehen, GVO auch aus Umweltgründen zu verbieten. Fraglich ist, ob das neue Europäische Parlament dem „alten“ Vorschlag folgt und dafür kämpft, den mangelhaften derzeitigen Vorschlag zu verbessern.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hat angekündigt, dass er „zügig einen nationalen Gesetzentwurf vorlegen“ will. Hierzu muss das Gentechnik-Gesetz geöffnet werden. Kontroversen zwischen Gentechnik-Befürwortern und Gegnern sind vorprogrammiert.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

Die wissenschaftsbasierte Bioökonomie

Der Versuch Probleme, die durch Technik und Innovation entstanden sind durch neue Technik und Innovation zu lösen

Bioökonomie oder biobasiertes Wirtschaften umfasst ein komplexes und umfangreiches Themenfeld. Darunter fällt die gesamte Agrarwirtschaft sowie alle produzierenden Sektoren und ihre dazugehörigen Dienstleistungsbereiche, die biologische Ressourcen – wie Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen – entwickeln, produzieren, ver- und bearbeiten oder in irgendeiner Form nutzen. Die Produktpalette schließt Biodiesel genauso ein wie Plastikflaschen aus Zuckerrohr. Die Bioökonomie gilt als große Hoffnung für den Absprung von fossilen Ressourcen. Können wir unseren Verbrauch an fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl oder Erdgas einfach durch nachwachsende Rohstoffe ersetzen? Unabhängig von endlichen Ressourcen zu werden und trotzdem unseren Lebensstandard zu halten, klingt verlockend. Die Bundesregierung fördert mit der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ Forschung und Produktentwicklung mit 2,4 Mrd. Euro bis zum Jahr 2016. Deutschlands Spitzenposition in der Entwicklung von Schlüsseltechnologien weiter voran zu treiben und zu einem führenden Forschungs- und Innovationsstandort in der Bioökonomie zu machen, lautet das Ziel.

Neue Produkte

Auf der Halbzeitkonferenz Bioökonomie (5. Juni 2014) wurden erste konkrete Ergebnisse vorgestellt. Die Produktpalette reicht von Gummi aus Milchsaft des russischen Löwenzahns (*Taraxacum koksaghyz*) über Wurstwaren, angereichert mit Omega-3-Fettsäuren aus Fisch oder Fischöl hin zu Biopharmazeutika. Biopharmaka sind Medikamente, die aus lebenden Zellen, wie Gewebe aus Hamstereierstöcken, hergestellt wurden. In der zweiten Hälfte der Forschungsstrategie soll laut Bundesregierung die Umsetzung von Forschungsergebnissen vorangetrieben werden.

Bioökonomie:

Die wissenschaftsbasierte Erzeugung und Nutzung biologischer Ressourcen zur Herstellung von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen in allen wirtschaftlichen Sektoren im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems (www.biooekonomierat.de).

Doch können drängende Probleme wie der Klimawandel, der dramatische Rückgang der Biodiversität und die Versorgung einer rapide anwachsenden Weltbevölkerung fokussiert auf technologische Innovationen gelöst werden? Bioökonomie scheint enorme Potentiale für eine verträglichere und nachhaltigere Lebensweise bereit zu stellen. Allerdings stehen nachwachsende Rohstoffe nicht unbegrenzt zur Verfügung. Nutzbar Flächen auf der Erde sind begrenzt. Der Bioökonomierat empfiehlt den Leitsatz „Food first“. Wie dieser Anspruch eingelöst werden soll, bleibt unbestimmt. Zudem erschwert die unübersichtliche Datenlage verlässliche Aussagen über den zukünftigen Flächenverbrauch der ansteigenden Bevölkerung zu treffen.

Globale Schutzziele im Konflikt

Die globalen Schutzziele Begrenzung des Klimawandels, Schutz der Biodiversität, Ressourcenschutz und Welternährung stehen häufig in Konkurrenz zueinander. Erreicht man das eine Ziel, verliert man im anderen Sektor (Trade offs). Die Intensivierung der Landwirtschaft gefährdet biologische Vielfalt. Das Einsparen von Treibhausgasen durch die Nutzung von Biomasse, also Klimaschutz, könnte andere globale Schutzziele aushebeln. Der Anbau von Energiepflanzen zu Lasten von kohlenstoffspeichernden Ökosystemen wäre aus Klimaschutzgründen kontraproduktiv. Der ansteigende Flächenverbrauch durch die erhöhte Nachfrage von Biomasse zerstört naturnahe Ökosysteme. Wie man mit diesen Trade offs umgeht, bedarf einer genauen Analyse der Optionen und möglicher Steuerungsinstrumente. Die meisten Publikationen zu Bioökonomie verengen jedoch ihren Lösungsansatz auf technologische Optionen, wie die Studie „Bioökonomie für den Klima- und Ressourcenschutz – Regulative Handlungskorridore“ von Prof. Uwe Lahl zeigt.

Wirtschaftliches Wachstum?

Als treibende Motivation der Industrie für den anstehenden Strukturwandel gilt das Wachstumspotential aller betroffenen Sektoren. Dies ist zwar ein verständlicher Ansatz, lässt jedoch Fragen offen. Wäre der betriebswirtschaftliche Gewinn garantiert, müsste die Bundesregierung die gewünschte Entwicklung nicht so massiv einfordern. Zum anderen stellt sich die Frage, wie



Vorsicht ist manchmal auch bei Innovationen geboten

Foto: Meister/pixelio

„dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum“ (Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030) in einer begrenzten Welt zu realisieren ist. Weniger, langsamer und besser zu konsumieren widerstrebt der gängigen Wirtschaftslogik. Der Ansatz der Suffizienz fehlt noch in den offiziellen Appellen. Bewusster Konsum ist dafür eine notwendige Voraussetzung, aber bei weitem nicht ausreichend.

Türöffner

Die Biotechnologie gilt noch immer als Schlüsseltechnologie in der Bioökonomiestrategie. Auf keinen Fall sollte das Vorantreiben der Bioökonomie zum Einfallstor für nicht abschätzbare Risikotechnologien werden. Die Langzeitwirkungen von einigen biotechnologischen Verfahren sind umstritten und unklar. Der Umgang mit Nicht-Wissen und komplexen, unvorhersehbaren Wechselwirkungen ist eine große zivilisatorische Herausforderung und drückt sich im Vorsorgeprinzip aus. Diese Haltung sollte als Ausdruck von Technologiemündigkeit Wertschätzung erfahren und nicht als ideologisch abgewertet werden. Gesellschaftliche Stimmungen, wie die ablehnende Haltung

der deutschen und europäischen Bevölkerung gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen stehen nicht im Widerspruch zu Innovations- und Transformationsbereitschaft und sollten auch in einem fortschrittsorientierten Land ernst genommen werden. In den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen wie TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA oder CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada sowie Zulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen auf der EU-Ebene sollte bedacht werden, dass in einem demokratischen System Partialinteressen globalisierter Unternehmen keine Sonderrechte genießen dürfen. Wir werden globale Probleme nicht lösen, wenn wir nur die Rohstoffquellen verändern, ohne eine gesamtgesellschaftliche, nachhaltige Transformation. Die Zivilgesellschaft muss in die Gestaltungsprozesse der Transformation mit dem klaren Ziel einer nachhaltigeren und damit gerechteren Welt eingebunden werden.

*Sinay Gandenberger, Steffi Ober
Praktikantin und Referentin für nachhaltige
Forschungspolitik beim Naturschutzbund
Deutschland e.V.*

Pflugschare zu Schwertern

Rechtsradikale besetzen vermehrt Themen der bäuerlichen sowie der Umwelt- und Naturschutzbewegung

Globalisierungskritik, die Ablehnung der Gentechnik und der Massentierhaltung - dagegen stehend eine bäuerliche Landwirtschaft mit regionalen Bezügen - sind Positionen und Themen, für die sich eine wachsende gesellschaftliche Bewegung interessiert und engagiert. Es ist eine Bewegung, die bunt ist und weltoffen und tolerant. Aber die gleichen Themen werden inzwischen vermehrt auch von einer anderen Seite der Gesellschaft besetzt: der braunen, intoleranten, menschenverachtenden. Es geht oft um Feinheiten, wenn die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein „Bekanntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat“ fordert, ist die Fremdenfeindlichkeit, die darin auch liegt, nicht für jeden gleich zu sehen. Die baden-württembergische NPD-Kampagne „Ohne Bauer kein Brot“, in der sie „die Stärkung der heimischen Landwirtschaft als Schlüssel für gesunde Ernährung“ sieht und von der Politik fordert, dafür Sorge zu tragen, „dass die erhebliche Mehrzahl der zum Verkauf stehenden Lebensmittel aus eigenem Anbau stammt“, legt „besonderes Augenmerk auf die Einfuhr von fremdländischem Saatgut, das meist aus monopolistischen Großunternehmen stammt“. Zur „Wir haben es satt“-Demo in Berlin schrieb die NPD: „Die Nationale ist voll auf einer Linie mit den Verbänden“, zitieren aus AbL-Presserklärungen und kritisieren lediglich, dass „dem Moloch EU die Verantwortlichen nicht den Kampf ansagen“, wenn es um die gemeinsame Agrarpolitik geht.

Konzeptionelle Nähe

Ein Trend der rechtsradikalen Szene ist offenbar, sich über diese Themenbesetzung verstärkt, weniger offensichtlich als bislang, als rechtsextrem zu erkennen zu geben. Diesen Tenor konnte man heraushören auf der jüngst gemeinsam von der evangelischen Akademie der Nordkirche, dem Bundesamt für Naturschutz und der Universität Rostock veranstalteten Tagung „Naturschutz und Rechtsradikalismus“. Bereits zum zweiten Mal setzten sich Wissenschaftler, Praktiker und Journalisten aus den Bereichen Naturschutz, Politologie und Sozialarbeit mit der „konzeptionellen Nähe“ auseinander, die es – so der Gedanke dahinter - zwischen Naturschutz und Rechtsradikalismus von Anbeginn der Naturschutzbewegung im neunzehnten Jahrhundert

des vorigen Jahrtausends gibt. In der Zeit der industriellen Revolution wandten sich die frühen Naturschützer, meist Konservative aus dem bildungsbürgerlichen Spektrum, ab von den zerstörerischen Auswirkungen der Moderne und verfolgten ein restriktiv konservierendes Ideal für Naturräume, aber auch Kulturlandschaften. Invasive Arten wurden (und werden es zum Teil noch heute) als zerstörende Eingriffe in bestehende Ökosysteme gesehen, die abgewehrt werden müssen. So wurde die Blaufichte einst als Staatsfeind eingestuft, die relativ junge Einwanderung der Herkulesstaude als „Stalins Rache“ titulierte. Vorzugsweise durchsetzen sollte sich diese rigide Politik durch einen starken Staat, der jegliche Eingriffe von außen fernhält. Erst die wissen-

schaftliche Ökologie der jüngeren Zeit ließ die Erkenntnis zu, dass Ökosysteme durch Einwanderung lediglich erst einmal verändert werden. Und auch erst jüngere Geschichte ist die politisierte, eher linke Umweltbewegung, die Umweltzerstörung ablehnt aus einer Zukunftssorge auch für kommende Menschengenerationen heraus. Parallel mit der Naturschutzbewegung zu Zeiten der Industrialisierung, entwickelte sich auch die Bewegung der völkischen Siedler, deren Antwort auf wachsende Metropolen mit Enge, Schmutz, Krankheiten, zum Teil unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Fabriken und Industrieanlagen, die Rückbesinnung auf ein Leben mit und in der Natur war. Dazu passten heidnische Götter und germa-

nisches Brauchtum, Vorstellungen, einem von der nordischen Natur gestählten überlegenen Menschenschlag anzugehören. Zu Blut und Boden im Nationalsozialismus ist es, merkt man, nicht mehr weit. Und das erste Naturschutzgesetz beschloss der starke Staat der Nationalsozialisten, der die Idee des Naturschutzes als Schutz der Volksheimat gut fand.

Und heute?

All das bietet reichlich „argumentative Anschlussfähigkeit für Rechte“, wie es der Politologe Samuel Salzborn auf der Tagung formulierte. Naturschutz könne, so sein Fazit, antidemokratisch sein, auch, wenn er nicht in bestimmter Hinsicht verhandelbar bleibe. Gleiches gilt sicherlich für eine bäuerliche, ökologische, regionale Landwirtschaft, für Gentechnik- und Globalisierungskritik und Tierschutz. Wird es eingebettet in eine Lehre von rassistisch oder ethnisch bedingter Ungleichheit und der Ablehnung eines Wertepluralismus, so wird es rechtsradikal. Wie das besonders geschickt geht, macht das seit einigen Jahren erscheinende Magazin *Umwelt und Aktiv* vor. Die Herausgeber wehren sich gegen die Einordnung als rechtsextrem durch den bayerischen Verfassungsschutz. Auf ihrer Homepage schreiben sie: „Wir werden nicht länger jenen Menschen das Thema Umweltschutz und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt. Skrupellose Internationalisten werden in unserem Land von allen etablierten Parteien gefördert und hofiert, auch von denen, die behaupten, sich dem Umwelt- und Tierschutz verschrieben zu haben. Diese „Global Player“, wie man sie heute bezeichnet, machen unsere Heimat zu einem Spielball im internationalen Finanzhandel. Davon sind alle Menschen betroffen, gleich welcher politischen Gesinnung, gleich welcher Klasse. Der Bauer als moderner Leibeigener genauso wie der Verbraucher als uninformatierter Konsument. Wir wollen ihnen aufzeigen, wie Tierschutz und Umweltschutz für fremde Interessen und Interessenten, die im Verborgenen agieren, zum Nachteil unserer Heimat und unseres Volkes instrumentalisiert werden.“ Instrumentalisierung ist alles, damit können auch aus Pflugscharen Schwerter gemacht werden. cs



Naturschutz kann auf braunem Grund gedeihen

Foto: Spreckelmeyer/pixelio

LESERBRIEFE

Vorsicht Mogelpackung

Zu: „Ökologische Pflanzenzüchtung in Kassel“ *Bauernstimme* Mai 2014
 Wenn das Fachgebiet Ökologische Pflanzenzüchtung und Agrarbi Diversität der Uni Kassel in Witzenhausen – neu besetzt mit einem Molekularbiologen – betont, ohne Gentechnik zu arbeiten, macht das stutzig. Gentechnik ist doch im Ökolandbau bereits per EU-Verordnung ausgeschlossen. Ein Fall von Werben mit Selbstverständlichkeiten? Dann stellt sich die Frage, was ist hieran die Mogelpackung? Das erschließt sich im letzten Satz: die ökologische Pflanzenzüchtung in Witzenhausen sei eine Alternative zur „immer biotechnologischeren Entwicklung“. Nach

den vorangehenden Ausführungen zu genetischen Analysen von Resistenzen und deren Nutzung ist aber klar: die neuen Bestrebungen des Witzenhäuser Fachgebietes sind biotechnologische Entwicklungen in der Züchtung! Was stattdessen sowohl die Ökozüchtung, als auch die bäuerliche Landwirtschaft braucht, ist eigene, praktische Feld-Züchtungsarbeit, die den konventionellen Züchtungskonzernen immer mehr abhandenkommt. Also: nicht auf den biotechnologischen mainstream aufspringen, sondern selbst praktisch tätig werden, wie z.B. die Bäuerliche Ökosaatzucht e. G. in Niederbeisheim.

Quirin Wember
 37217 Ellingerode



Feuer und Flamme für Kühe auf der Weide

Foto: Müller/pixelio

Gebt den Kühen das Gras zurück

In der letzten *Unabhängigen Bauernstimme* wurde über die sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe der bayrischen ABL „Gebt den Kühen das Gras zurück“ berichtet. Als Referent auf einer dieser Veranstaltungen kann ich nur sagen: es ist ein sehr wichtiges Thema, das großes Interesse bei Bauern und Bäuerinnen und auch in der Agrarverwaltung fand.
 Zu einem Aspekt in dem Beitrag in der *Bauernstimme* ist aber noch eine Ergänzung notwendig. Aus der Untersuchung von Lukas Kiefer über die Wirtschaftlichkeit von (ca. 100) Weidebetrieben in Baden-Württemberg und Bayern geht deutlich hervor, dass Milchviehhaltung mit dem Schwerpunkt Weide ein System mit hoher Wirtschaftlichkeit ist. Beim Vergleich dieser Betriebe mit den Betrieben im Rinderreport Baden-Württemberg (jeweils

Durchschnitt der Betriebe), bei dem die Weidebetriebe in der Wirtschaftlichkeit ungünstiger abschneiden, muss berücksichtigt werden, dass die Weidebetriebe im Durchschnitt 43, die Rinderreportbetriebe dagegen im Durchschnitt 80 Kühe halten! Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass Kostenvorteile je kg Milch bei größeren Kuhbeständen nahezu ausschließlich auf den Einkommensanspruch der selbständigen Arbeitskräfte, nicht aber auf die pagatorischen Kosten zurückzuführen sind. Sinnvoll ist ein Vergleich also nur, wenn die Kuhbestände eine ähnliche Größe haben.
 Ansonsten: weiter so! In der weidebetonten Milchviehhaltung liegt Perspektive für sehr viele Betriebe!

Onno Poppinga,
 34376 Immenhausen

Szenen einer Ehe.....

Ich bin verheiratet. Aber das ist noch nicht alles. Ich bin mit einem LANDWIRT verheiratet... Das ist eine ganz besondere Herausforderung an das Eheleben. Fliegt die Küchentür auf, gefriert jeder Landwirtsfrau das Blut in den Adern. Der panikartige Ruf meines Namens dringt mir ans Ohr und ich renne. Fast wie um mein Leben. Wahrscheinlich pflügen gerade die braven Rinder das frisch angesäte Maisfeld des Lieblingsnachbarn. Oder aber sie sind gerade auf dem Weg zur Hauptstraße um zu gucken, was das anliegende Restaurant auf der Speisekarte hat. Manchmal renne ich auch zur Tür und renne noch schneller wieder zurück zum Verbandskasten, weil mein Mann sich beim Klauenschneiden (der Schafe) mal eben selbst den Nagel mit abgesäbelt hat und der ganze Flur schon rotgepunktet ist. Die größte Herausforderung muss ich jedes Jahr zu Beginn der Erntezeit meistern. Sobald der Nachbar mit seinem Mähwerk an unserem Küchenfenster vorbeifährt, setzt bei meinem Mann das Mähfieber ein. Die Symptome äußern sich so: Zwanzigmal am Tag muss der Wetterdienst abgefragt werden. Bis zum eigenen Mähbeginn werde ich dreimal am Tag zum Landmaschinenmechaniker geschickt. Auf Fragen meinerseits, die mit „Kannst Du...“ beginnen, reagiert er außerordentlich gereizt. Für diese Zeiten habe ich stets



Eine Bäuerin (35) aus Ostfriesland erzählt

Johanniskraut im Haus. Das mische ich ihm durch den Tee. Bei akutem Mähfieber hilft allerdings auch das nicht mehr wirklich. Dann brauchen wir Frauen nur ein dickes Fell, um die Zeit zu überstehen. Gut, dass es Arsen nicht rezeptfrei in der Apotheke gibt. Sonst würden zu Erntezeiten besonders viele Landwirte auf der letzten Seite der Zeitung stehen. Aber so ein Landleben hat auch idyllische Seiten. Beim Heu machen z.B. picknicken wir mit der ganzen Familie auf dem Land. Das ist solange schön, bis einem der Wind den Kartoffelsalat mit Käfern und getrockneter Quecke verfeinert.
 Später geht es deshalb mit knurrendem Magen auf den Heuboden zum Ballen stapeln. Wir sparen dadurch richtig viel Geld: Wir brauchen nie in die Sauna – die haben wir ja schließlich beim Ballen stapeln auf dem Heuboden. Und das Fitnessstudio sparen wir auch. Wir stapeln dafür 6.000 kleine Ballen. Jeder Sparfuchs, der für solche Sachen Geld ausgibt, ist herzlich eingeladen, uns im Sommer zu helfen. Fitness for free sozusagen. Für meine Ehe bedeutet diese Form von Fitness: ich habe meinen persönlichen Johnny Depp mit Waschbrettbauch direkt zuhause. Also liebe Landwirtsfrauen: Schickt eure Männer einfach zu uns in die Heuernte, dann habt ihr euren Sixpack nach spätestens zwei Wochen zuhause. Mit Geling-Garantie. In den Jahren unserer Ehe gab es Zeiten ohne Fernseher. Das waren die romantischen Seiten des Landlebens. Wir haben vier Kinder. Wir stoppen den demografischen Wandel in Deutschland. Und noch besser: Wir haben unsere eigene Häckselkette. In den Erntearbeiten ist das gigantisch, so viele Kinder zu haben. Ein Kind mäht, eins kreiselt, der nächste schwadert und der vierte presst die kleinen Ballen. Aber auch finanziell sind vier Kinder ein solides Standbein. Die einen besitzen eine Windmühle, die anderen viele Kinder. Bei Stallbauten rechnet der Beratungsring/die Bank/die LWK im Falle einer Milchpreisschwankung einfach das Kindergeld mit in die Tilgung rein. Ist das nicht praktisch?!
 Das idyllische Landleben ist auch gefährlich. Ständig steht man mit einem Bein im Gefängnis. Zum Beispiel Ostern. Da fachsimpelte unser Ältester einst im Kindergarten mit seinen Freunden im Morgenkreis darüber, wie man am besten ein Osterfeuer anzündet. „Och“, sagt unser Sohnmann, „mein Vater hat letztes Jahr einfach Diesel draufgeschüttet...“ Oder beim Melken, wenn die freche Ilse uns beim Melken eins auf die Nase donnert und der ach so geliebte Ehemann vor die Entscheidung „Ich oder Ilse“ gestellt wird: „Beruhige Dich, mein Schatz, Ilse gibt 30 l, die KANN nicht weg.“ Das verheiratet sein mit einem Landwirt zwingt uns Frauen, ordentlich zu kochen. Kartoffeln, Soße, FLEISCH. Gemüse ist nicht so wichtig. Nur wenige männliche Exemplare geben sich mit Nudeln oder Reis zufrieden. Auch in diesem Fall lernen wir, uns ein dickes Fell zuzulegen. Eine gute Freundin sagte mal: „Kennst du einen, kennst du alle“... In diesem Sinne wünsche ich allen Landwirtsfrauen, die sich in meiner manchmal leicht übertriebenen und etwas sarkastischen, aber doch so realen Darstellung der landwirtschaftlichen Ehe vielleicht das ein oder andere Mal wiederfinden, eine wunderschöne Sommerzeit.

Für einen Paradigmenwechsel

Shalini Bhutani setzt sich für eine ganzheitlich Landwirtschaft, mit niedrigen Kosten, großer Vielfalt und Ernährungssouveränität ein

Ein Gespräch mit Shalini Bhutani, indische Forscherin und Analystin zu den Bereichen Nahrung und Landwirtschaft. Sie ist u.a. in der Alliance for Democratising Agricultural Research in South Asia (ADARSA), die eng mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Region zusammenarbeitet,



Shalini Bhutani

aktiv.

Unabhängige Bauernstimme: Wie lässt sich die aktuelle Situation der indischen Bäuerinnen und Bauern grob umreißen?

Shalini Bhutani: Die Mehrheit von ihnen sind Klein- und KleinstproduzentInnen – viele davon Frauen. Sie sehen sich mit verschiedenen Herausforderungen auf der politischen und praktischen Ebene konfrontiert. Offizielle Daten zeigen, dass die durchschnittliche Größe der von ihnen bewirtschafteten Anbaufläche von 2,3 Hektar (Stand 1970/71) auf 1,16 Hektar (Stand 2010/11) geschrumpft ist. Das verursacht Probleme, da die Agrarpolitik des Landes darauf abzielt, sie in landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und globalisierte, internationale Märkte zu integrieren. Neue Technologien, wie Hybridsaatgut und transgenes Saatgut und die damit einhergehende chemische und wasserintensive Anbauweise, verursachen immense soziale und ökologische Probleme.

Welche Entwicklungen in den letzten Jahren haben die Landwirtschaft in Indien entscheidend geprägt und was waren die treibenden Kräfte dahinter?

Seit 1991, als die indische Regierung mit den ökonomischen Reformen begann, gefolgt vom Beitritt Indiens zur Welthandelsorganisation 1995, wurde mit der Liberalisierung des landwirtschaftlichen Sektors begonnen. Deshalb sind heute globale Player involviert.

Dass multinationale Unternehmen auf dem indischen Subkontinent agieren, ist jedoch kein neues Phänomen. Die koloniale Geschichte begann bereits im 16. Jahrhundert, als sich die Ostindische Handelsgesellschaft das Monopol auf den Handel sicherte.

Welche wichtigen Verbindungen gibt es heute im Agrarsektor zwischen Europa und Indien?

Viele europäische und deutsche multinationale Unternehmen, wie der Agrar-Chemie Riese BASF und die KWS SAAT AG, arbeiten seit langem in Indien. Nicht nur durch den Aufbau eigener Manufaktur- und Verkaufsanlagen, sondern auch durch Investitionen in Forschung und Entwicklung (R&D). Erst im März dieses Jahres eröffnete beispielsweise BASF ein neues R&D-Zentrum in Mumbai. Zudem findet ein Transfer von Technologie statt und eine direkte Zusammenarbeit zwischen den Regierungen.

Derzeit wird über ein bilaterales Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Indien verhandelt.

Das geplante Handels- und Investitionsabkommen sieht Bestimmungen vor, die sich auf Bäuerinnen und Bauern sowohl in Europa als auch in Indien auswirken würden. Der Entwurf des Vertragstextes ist jedoch nicht öf-

fentlich zugänglich. Trotzdem wurde bekannt, dass er Bestimmungen vorsieht, um den Marktzugang für Agrarprodukte und intellektuelle Eigentumsrechte neu zu regeln, was Auswirkungen auf bäuerliches Saatgut, Milchprodukte oder Agrar-Chemikalien haben könnte. Des Weiteren könnte Indien dazu verpflichtet werden, ausländischen Investoren ein vorrangiges Zugriffsrecht zu Land und Wasser zuzusprechen - auf Kosten der lokalen Bevölkerung.

Finanzieren westliche Staaten auch Forschungsprojekte in Indien.

Ja, und auch dadurch beeinflussen europäische Regierungen die Agrarpolitik, indem sie internationale Forschungszentren im globalen Süden finanziell und technisch unterstützen. Sowohl die EU als auch Deutschland zählen beispielsweise zu den zehn wichtigsten Finanziers des International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics (ICRISAT), das in der Nähe der südindischen Stadt Hyderabad beheimatet ist.

Wie reagieren die Bäuerinnen und Bauern auf diese Herausforderungen?

Ihre Mobilisierung und die von LandarbeiterInnen findet auf verschiedene Art und Weise statt: Durch ihr eigenes Zusammenkommen, die Unterstützung von Gewerkschaften und Nichtregie-

rungsorganisationen oder ihr Engagement in Basisbewegungen, wie der Kampagne für das Recht-auf-Nahrung.

Was erwarten sie von der EU und der deutschen Regierung?

Der Vertragstext des geplanten Investitions- und Freihandelsabkommens muss öffentlich gemacht werden. Die Themen Biopiraterie an genetischen Ressourcen durch europäische ForscherInnen und Unternehmen und die Anerkennung des Wissens der lokalen Bevölkerung müssen angesprochen werden. Zudem sollte europäische „Entwicklungshilfe“ so eingesetzt werden, dass sie im Interesse der Bäuerinnen und Bauern in Indien und Europa eingesetzt wird.

Für was für eine Entwicklung in der indischen Landwirtschaft treten sie ein?

Ihre Vision für die Zukunft der Landwirtschaft basiert auf dem Konzept der Ernährungssouveränität. Das setzt einen Paradigmenwechsel in der landwirtschaftlichen Forschung und Entwicklung voraus. Sie wollen, dass eine ganzheitlich ausgerichtete, mit niedrigen Kosten verbundene, biodiverse, integrierte Landwirtschaft (weiter)entwickelt wird.

Vielen Dank für das Gespräch

Elina Fleig, Birgit Hauber, junge ABL



Vielfalt auf dem Delhi Seed Festival

Foto: jAbL

Der kluge Schwarm

Im Frühsommer findet die Vermehrung der Bienen statt, das heißt ein Teil eines Bienenvolkes fliegt mit der alten Königin aus und sucht einen neuen Nistplatz, während eine frisch geschlüpfte Königin mit dem anderen Teil des Volkes im Stock bleibt. Der amerikanische Verhaltensforscher Thomas D. Seeley geht in seinem Buch der Frage nach, wie ein Bienenschwarm mit bis zu 10.000 Einzelbienen die Entscheidung für den neuen sicheren Wohnort fällt. In vielen wissenschaftli-

chen Untersuchungen und Beobachtungen stellt er fest, dass die Bienen diese Entscheidung kollektiv und demokratisch fällen und sich erstaunlicherweise in der Regel für die beste aller Möglichkeiten entscheiden. Er schildert, auch für interessierte Nichtimker leicht verständlich, die Abläufe und Ergebnisse der Forschungen, die sein Kollege Lindauer 1949 begann und die in den letzten Jahren mit den heutigen technischen Möglichkeiten abgeschlossen wurden. Im letzten Kapitel greift er

auf, wie sich diese Erkenntnisse auf Entscheidungsfindungsprozesse in Gruppen übertragen lassen.

Bienendemokratie, Thomas D. Seeley, 320 Seiten, Verlag S. Fischer, ISBN 978-3-10-075138-6, 22,00 €, zu beziehen über den ABL Verlag



Saatgut selber gewinnen

Das Interesse an Saatgut aus alten Sorten, die samenfest selber nachgezogen werden können, wird unter Hausgärtnern immer größer. Aber wann wird das Saatgut geerntet und wie wird es für die nächste Aussaat aufbereitet und gelagert? Worauf ist zu achten, damit sich nicht die falschen Sorten kreuzen? Welche Gemüsesorten sind besonders schwierig in der Vermehrung? Dieses

Handbuch bietet eine gute Grundlage, um das Thema in der Praxis anzugehen. Es werden Begrifflichkeiten zu botanischen Namen erläutert und Praxishinweise zur Ausrüstung, Ernte, Reinigung und Lagerung gegeben. Von Bauerngartenblumen über Wildblumen bis zu Kräuter- und Gemüsepflanzen wird detailliert und reichlich bebildert der praktische Ablauf beschrieben. Bei

über 150 kurzen Pflanzenportraits ist für jeden Hausgärtner etwas Passendes dabei.

Saatgut aus dem Hausgarten, Marlies Ortner, 140 Seiten, Ökobuch Verlag, ISBN 978-3-936896-53-4, 19,90 €, zu beziehen über den ABL Verlag

Solidarische Landwirtschaft

In dem vorliegenden Buch werden auf sehr anschauliche und praxisnahe Weise die zahlreichen Möglichkeiten der rechtlichen Organisation und der sozialen Gestaltung solidarischer wirtschaftender Betriebe vorgestellt. Ein weiterer Fokus des Buches liegt auf der erfolgreichen und zielgerichteten Gestaltung des sozialen Prozesses bei der Suche der passenden Organisati-

onsstruktur in der Gründungsphase einer Solidarischen Landwirtschaft. Ergänzt werden diese Teile durch viele hilfreiche Informationen und Kontakte für Gründungsinitiativen sowie einen theoretischen Teil. In diesem wird ein Überblick über das Steuerrecht, Gesellschaftsrecht und Körperschaftsrecht gegeben sowie in Fragen der Gemeinnützigkeit und der speziellen Rolle der Land-

wirtschaft in diesen Rechtsgebieten eingeführt. Das Buch ist damit eine Zusammenfassung der Erfahrungen aus der Praxis der Solidarischen Landwirtschaft. *Solidarische Landwirtschaft, Betriebsgründung, Rechtsformen und Organisationsstrukturen, Veikko Heintz, 112 Seiten. Zu bestellen bei: heintzklugemoni@web.de für 10 Euro und Versandkosten*



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft - 22,00 € 2013 Schwerpunkt: Agrarreform- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. [www. Der.kritische.Agrarbericht.de](http://www.Der.kritische.Agrarbericht.de)

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Cartoons rund um die Kartoffel....

- 9,80 € - Linda und Konsorten
- 9,80 € - Linda prall im Leben

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2014:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,

Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS September ist der 18. August 2014

Hof und Arbeit

• Bauernfamilie mit Kindern für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Erfahrung in Käseerei wäre schön. ☎ 037754-75578 (Sommer) oder ☎ 037754-2213 (Winter) bitte nach 19 Uhr anrufen, mehrmals versuchen. jguelde@t-online.de

• Angehender Landwirtschaftsmeister sucht mit Familie Wohnmöglichkeit im Großraum Emmendingen ab Oktober. Auf Landwirtschaftsbetrieb oder in ländlicher Umgebung. Gerne helfen wir mit. Bitte alles anbieten. Familie Fäth ☎ 015122776092"

• Bioland-Gemischtbetrieb sucht ab sofort festen Mitarbeiter für Saatgutaufbereitung und -vermarktung. Heike und Josef Jacobi, Mühlenort 28, 34434 Borgentreich, ☎ 05643-1669 oder -227, biohof-jacobi@freenet.de

Sonstiges

• Kennenlernwochenende auf dem Laakenhof (Münsterland) vom 29.07. bis 03.08.2014 veranstalten wir ein Kennenlernwochenende für Gemeinschaftsinteressierte. Gespräche über die Aspekte, die unsere Kommune kennzeichnen wie gemeinsame Ökonomie, Konsens als Entscheidungsprinzip und ökologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft werden ebenso Platz haben wie gemeinsames Kochen, Arbeiten und Entspannen. Weitere Infos unter www.laakenhof.de oder ☎ 02525-2560

Tiermarkt

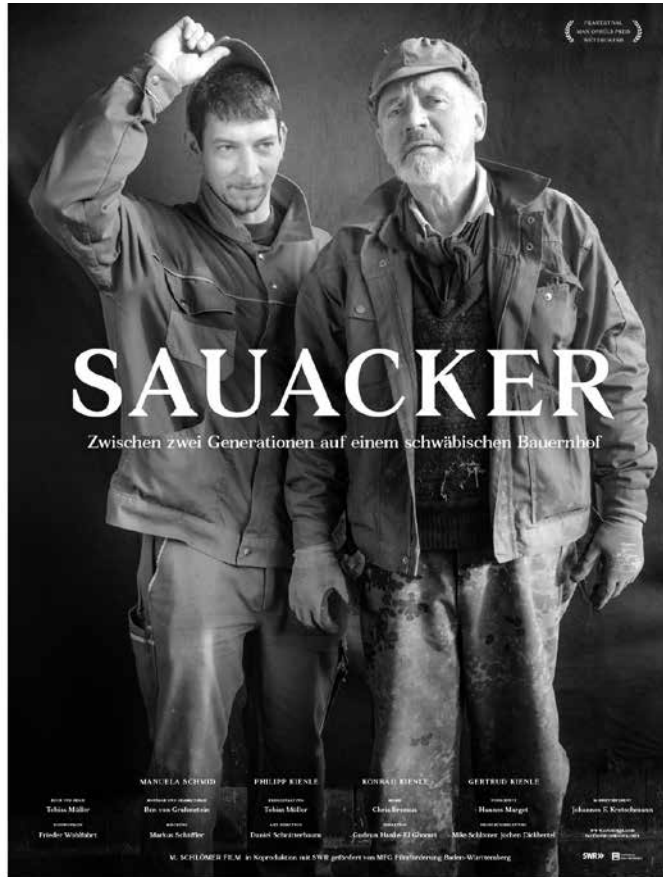
• Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, 07551-63609

Veranstaltungen

Kinostart!

Sauacker ist ab dem 24. Juni bundesweit in den Kinos.

Alle Informationen dazu www.sauacker.com



Klimacamps

26.07. - 03.08.2014, Borschemich
Das Klimacamp findet am Tagebau Garzweiler in NRW statt.
www.klimacamp-im-rheinland.de

16. - 24.08.2014, Kerwitz
Das 4. Lausitzer Klimacamp findet bei Guben in Brandenburg statt.

<http://www.lausitzcamp.info>

Anti-Kohle-Kette

23.08.2014, Kerwitz
In Brandenburg und Sachsen befinden sich aktuell drei neue Tagebaue in Planung. Auf der anderen Seite der Neiße plant Polen ebenfalls weitere Abbaggerungen. Als Aktion ist geplant, dass eine grenzüberschreitende Menschenkette die zwei von der Abaggerung bedrohten Orte – Kerkwitz in Deutschland und Grabice in Polen - verbindet.
<http://www.humanchain.org/de/ablauf>

Degrowth-Konferenz 2014

02. - 04.09.2014, Leipzig
Nach Paris, Barcelona und Venedig findet der diesjährige Kongress in Leipzig statt. Degrowth steht für Postwachstum oder Wachstumswende. Gemeinsam ist die Überzeugung, dass eine auf Wachstum basierende Gesellschaft keine Zukunft hat. Trotz technologischer Lösungsversuche für ein „Grünes Wachstum“ steigen Ungleichheit und Umweltverbrauch weiter an. Es ist an der Zeit, Formen von Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen, die unabhängig von Wirtschaftswachstum ein gutes Leben für alle ermöglichen! Auf der Konferenz finden viele Podiumsdiskussionen und Workshops mit namhaften Referenten statt.

Information und Anmeldung unter:
Tel: 0341-392816862, info@degrowth.de, leipzig.degrowth.org/de/

Agrarministerkonferenz

03. - 05.09.2014, Potsdam
Bund-Länder Agrarministerkonferenz, Herbst 2014

AbL in Altenkirchen 2014

20. - 21.11.2014
Wintertagung der Jungen AbL
Evangelische Landjugendakademie, Altenkirchen/Westerwald

21. - 23.11.2014
Tagung und Bundesmitgliederversammlung

Evangelische Landjugendakademie, Altenkirchen/Westerwald

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



Luurn bi de Buern - Landwirtschaft im Längstschnitt

12.07.-13.07.2014 Hof Christian Schlüter, Eschlohn 18, 46354 Südlohn

Was bleibt "ländlich" auf "dem Land" wenn der Horizont mit Maisfeldern, Windkraftmasten und Biogasanlagen zugebaut wird? In den letzten 20 Jahren verschwanden immer mehr Nutztiere aus dem öffentlichen Bild, während ihre Zahl insgesamt aber steigt. Bauernhöfe sind ein kulturelles Erbe und typisches Merkmal der ländlichen Region. Die Künstler Daniela Schlüter und Stefan Demming wollen den geschilderten Fragen in einem künstlerischen Projekt nachgehen und auf ausgewählten Höfen präsentieren.

Programm:

12.07. 2014 ab 19.00 Uhr:

Feierliche Atelier-Eröffnung mit Vernissage Luurn bi de Buern
Plantage # 5, Aufblasgemüse in Aktion, Das Heisterkamp-Quartett, Blasmusik, Tanz up de Dael mit DJ, Feine Musik!

Sonntag, 13.7

13.00 - 20.00 Uhr Luurn bi de Buern, Ausstellung

14 Uhr „Heisses Eisen Landwirtschaft“, Gesprächsrunde zur Zukunft der Lw

15.00 - 17.00 Uhr Plantage # 5 & Senioren der Musikkapelle Südlohn

15.30 - 18.00 Uhr Holzschnittdrucke mit der Wiesenwalze

16.00 - 19 Uhr Landwirtschaft in Öl, Malperformance von Marc Westermann

Außerdem: „Platte T-shirts“, Plattdeutsche Sprüche auf Textil, „Koffie un' Koken“- Landfrauen Südlohn, Strohballenstation, DIY-Mais

Weitere Termine und Veranstaltungsorte: www.bi-de-buern.de

EITL | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Steuerberater
Dr. Marcel Gerds

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrار@etl.de
Web: www.marcel-gerds.de
www.facebook.com/fpwittenberg



Demo in Sachsen

05.07.2014, Dresden
„Wir haben Agrarindustrie satt!“ Demonstration anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen Ende August
Start 12.30 Uhr Bahnhof Neustadt in Dresden
www.wir-haben-es-satt.de/sachsen

Demo in Brandenburg

31.08.2014, Potsdam
Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg veranstaltet eine „Wir haben es satt“ Demonstration anlässlich der Landtagswahlen Mitte September.
13.00 Uhr Hauptbahnhof Potsdam
www.agrarwende.wordpress.com

AbL Demo in Thüringen

05.09.2014, Erfurt
Anlässlich der Landtagswahlen in Thüringen Mitte September organisiert der AbL Landesverband eine „Wir haben es satt“ Demonstration.
Start 13.00 Uhr, Erfurt
www.abl-thueringen.de

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/KONGRESS

WIR HABEN ES SATT KONGRESS

2.-5. OKTOBER 2014

IN BERLIN Diskutiere mit uns über die Landwirtschaft und das Essen der Zukunft!

Anmeldung ab August 2014
Telefon: 030/28482325
kongress@wir-haben-es-satt.de

Auf dem Festival **stadt land food**

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: lensing druck, Münster

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle: Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren: Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft: Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“: Christoph Dahlmann, Tel.: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Das Sommerbier

Wenn es um den Genuss alkoholischer Getränke geht, bin ich ein echter Kulturbanause. Mit Rotwein kann man mich jagen, und Weißwein mag ich gern, aber am liebsten mit Wasser gepanscht. Neulich waren meine Liebste und ich einmal auf einer ziemlich elitären Weinprobe, und ich musste fast in den Tisch beißen, um nicht laut los zu lachen, als die anderen Probesäuer mit Kennermiene die Lippen schürzten und was von Ebenholzaromen, dem Geschmack des Morgentaus und der Frische der Kräuterwiese faselten. So ein Blödsinn, echt. Zum Glück waren wir alle – das ganze Publikum – nach kurzer Zeit so voll, dass unser Gelalle unverständlich wurde. Die Stimmung war bestens; bald wurden erste zarte Gesänge angestimmt. Dem Winzer hörte keiner mehr zu, was ihn zunächst deutlich nervte, aber er verkaufte anschließend mehrere Hektoliter Wein, so dass mein Mitleid mit ihm sich in Grenzen hielt.

Um ehrlich zu sein, bin ich eher Biertrinker. Der Stoff der Arbeiter und Bauern. Gewiss, auch der Stoff der Spacken und Prolls. Keine Schlägerei, keine Fußballrandale kommt ohne Bierkonsum zustande. Aber da kann das Bier ja nix für. Ich jedenfalls werde durch Bier nicht aggressiv. Ich werde meist redselig und manchmal lüstern. Und oft bin ich enttäuscht, weil sich ein sehnsüchtig erhofftes Hochgefühl nicht einstellen mag. Wie sang schon Sven Regener so treffend: „Ich möchte so gern berauscht sein, doch ich werde immer nur breit.“ Das kenn ich auch. Zur Genüge. Meine Freunde und ich unternahmen im Halbstarkenalter einmal eine sommerliche Fahrradtour. Wir waren unterwegs bei einem Bauern untergekommen und schliefen in der Scheune neben dem Miststreuer auf einem Strohhallenlager. Abends wollten wir in dem Dorf etwas trinken gehen. Es gab aber keinen veritablen Dorfkrug, sondern nur eine auf intellektuell gemachte „Weinstube“. Wir gingen trotzdem hinein. Der Inhaber begrüßte uns. Offensichtlich handelte es sich um einen Alt-Achtundsechziger, den es aus der Stadt aufs Land verschlagen hatte. Ausführlich und wortreich klärte er uns über alle Weine des Hauses auf und erzählte – man kennt das ja – von Ebenholzaromen, dem Geschmack des Morgentaus und der Frische der Kräuterwiese. Siebenundzwanzig Jahre zuvor, andere Weine, aber das gleiche Gesabbel. Fasziniert und aufmerksam hörten wir Jungs zu, um dann unserem



Am See sitzen und mit den alten Kumpels bis in die Nacht reden, über Alles

Foto: Mazi/pixelio

inneren Drang nachzugeben und kollektiv Bier zu bestellen. Das war ein Spaß! Wir konnten gar nicht mehr aufhören zu lachen.

Die besten Biere meines Lebens waren immer Biere in Gesellschaft, Sommerbiere, unter freiem Himmel. Niemals alleine, niemals drinnen. Unvergesslich die vom zusammengeschnittenen Taschengeld gekauften Kisten Billigbier, die wir, im Kreis am Stolper See sitzend, im Zwielficht der Holsteiner Mittsommernächte killten. Wir redeten und redeten; wir erzählten uns alles, und wir dachten, es würde immer so bleiben, aber vielleicht spürten wir ganz tief in uns, dass unsere Jugend bald zu Ende war. Die ersten ernsthaften Pärchen entstanden, und erst unmerklich, dann immer deutlicher entfremdeten wir uns. Wir allerdings wollten nichts davon wissen; wir ignorierten es nicht einmal, bis es nicht mehr zu leugnen war, weil jede und jeder es wusste. Dunkel und glatt lag der See vor uns und spiegelte schwach die Dämmerung des Himmels; dahinter stand schwarz der Wald des anderen Ufers. Seit Generationen sitzt dort jedes Jahr die aktuelle Dorfjugend, kurz, bevor die Welt der Erwachsenen sie sich einverleibt. Gleiche Stelle, gleiches Getränk. Nur die Gesichter ändern sich. Den See und den Wald kümmert das nicht. Sie sind wie immer.

Vor einigen Jahren trafen wir uns wieder. Für ein Herrenwochenende. Der alte Kreis. Die besten Kumpels. Statt neben dem Miststreuer auf Stroh, logierten wir

nun in einem Vier-Sterne-Wellnesshotel. Wir sechs Mittvierziger rissen den Altersschnitt der Gästeschaft um die Hälfte runter. Mindestens. Abends fuhren wir in die Stadt, um Schnitzel und Pommes zu essen. Wir hatten keinen Bock auf ein Vier-Gänge-Menü mit korrespondierenden Weinen. So etwas macht man mit den Ehefrauen, nicht mit den Kumpels. Als wir in der Dämmerung zum Hotel zurückkamen, holten wir das mitgebrachte Bier aus dem Kofferraum und stellten uns im kleinen Park eine Strandkorbburg zusammen. Hoch über dem Ufer des dortigen Sees saßen wir wieder im Kreis, tranken Bier, unser Sommerbier, bis es alle war, und redeten die halbe Nacht lang über gestern, heute und morgen, über das Leben und den Tod, über Männer, Frauen, Kinder und über Gesichter, Arme, Beine, Brüste und Hintern. Es war gut. Nein, es war großartig. Dunkel und glatt lag der See vor uns und spiegelte schwach die Dämmerung des Himmels; dahinter stand schwarz der Wald des anderen Ufers. Es fühlte sich richtig an; wir waren da, in der Gegenwart, und das nicht nur aus nostalgischen oder sentimental Gründen. Wir hatten uns was zu sagen. Wir waren, nein, wir sind Freunde.

Seitdem treffen wir uns jährlich einmal, für ein Wochenende, im Sommer. Im Juli. Ich freue mich schon sehr darauf. Um ehrlich zu sein – ich kann es kaum erwarten.

Matthias Stührwoldt

unabhängige **bauernstimme: für ruhige Stunden**

07/2014

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.